

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit nächster Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäftslich täglich außer Montage.

Die Infections-Gebühren
 beträgt für die schlaggespaltene Fotogra-
 phie oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inletzte für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 8. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Professor Wagners „Agrar- und Industriestaat“.

II. Bevölkerungs- und Agrarfrage.

Neben den schon genannten Gründen hat Wagner jedoch noch einen andern Grund — nach seiner Ansicht der wichtigste von allen — der ihn zu seinem Plaidoyer für die möglichst lange Konservierung des Agrarstaats bestimmt, nämlich die zu schnelle Volksvermehrung im Industriestaat. Wie er des breiteren ausführlich, nimmt unter günstigen Verhältnissen, auch bei mit durch mäßige Preise der Bedarfsartikel bedingten besseren Lebensverhältnissen, bei günstigen Aussichten, besonders betreffs des Erwerbes, bei politischer Ruhe, geschickten Zuständen usw. die Bevölkerung rasch zu. Einen solchen günstigeren „Stand der allgemeinen Erwerbsverhältnisse“ aber schafft meist die stärkere „Herausbildung des Industriestaats-Charakters der Volkswirtschaft“ — ein Zustand, das den „Industriestaatslern“ recht willkommen sein dürfte — sie steigert rasch die Volksdichtigkeit, und damit ergibt sich die Schwierigkeit für die regelmäßige Beschäftigung, Ernährung und Zufriedenstellung der immer anspruchsvoller werdenden größeren, immer mehr in den Städten, den Großstädten konzentrierten Bevölkerung.

Es trete die Gefahr der Uebersättigung ein, zwar nicht der absoluten, wohl aber der relativen Uebersättigung, die dann gegeben sei, wenn insbesondere die arbeitenden Klassen nicht sichere und genügende Beschäftigung und Erwerb fänden, und zwar, wie Professor Wagner hinzusetzt, nach Maßgabe folgender drei Reihen von Umständen: „einmal nach den gegebenen ökonomisch-technischen Verhältnissen der Produktion, namentlich nach den Bedingungen für den Absatz der Arbeitszeugnisse und für die dafür erlösten Preise, sowie nach denjenigen für den Weg und die Preise der bedürftigen Produkte; zweitens nach der gegebenen Rechtsordnung für Produktion und Verteilung der Produktionserträge; endlich drittens aber auch nach den auf Grund der erreichten Lebenshaltung gestellten Ansprüchen, sowohl in Betreff der Art, des Maßes, des Lustgefühls der Arbeitsleistung, als auch bezüglich der Art des Maßes, des Lustgefühls der Entlohnung bzw. der Bedürfnisbefriedigung.“ Nun könne man allerdings keine bestimmte Volkszahl und Volksdichtigkeit als die an und für sich richtige und allein zulässige bezeichnen; aber ebenso wenig könne man eine immer weitere Zunahme der Volkszahl als ein selbstverständliches Ideal“ hinstellen.

„Nun wird man zwar“, meint dann Professor Wagner weiter, „im Hinblick auf die großen noch wirtschafts- und kulturfähigen unbewohnten, unbesetzten oder unterbevölkerten Gebiete unseres Planeten die heutige Zahl der Menschen auf ihn, von ungefähr 1 1/2 Milliarden, nach den jetzigen Schätzungen, nicht als eine Zahl bezeichnen können, die schon die richtige, zulässige sei, die daher besser nicht mehr gesteigert werde. Aber kann man umgekehrt direkt behaupten: eine viel größere Zahl ist viel erwünschter?“ Sei jedoch schon, „soweit die ganze Menschheit und Erde in Betracht käme, eine starke Bevölkerungszunahme nicht erwünscht, so noch weniger, was die Länder West-, Mittel- und Süd-Europas betrafte; vielmehr könne eine Stabilität der Volkszahl, wie sie Frankreich in letzter Zeit aufweise, „sogar ihre sehr guten Seiten und Folgen haben“. Und auf dem Wege der bloßen Voraussetzungen und Annahmen und der aus diesen abgeleiteten künftigen Schlussfolgerungen bis zur französischen „Stabilität“ gelangt, gefällt sich nun Wagner darin, auf den nächsten Seiten die Vorteile des französischen Zweifelhinstellens und die Berechtigung des diesem zu Grunde liegenden „gefunden Individualismus“ auseinanderzusetzen.

Den Nutzen des Zweifelhinstellens hier zu erörtern, bleibe uns fern; wohl aber dürfte es nicht unangebracht sein, Wagners beweislose Unterstellung etwas näher zu betrachten, auf der seine ganzen weiteren Folgerungen ruhen: die Annahme, daß nur im Industriestaat, nicht aber im Agrarstaat, eine starke Bevölkerungszunahme stattfindet. Doch im Industriestaat sich eine sogenannte relative Uebersättigung einstellen kann, sei von vornherein zugegeben — aber daselbe gilt vom Agrarstaat, vielleicht noch in stärkerem Maße. Der Ansicht, daß landwirtschaftliche Tätigkeit die Fähigkeit zur Befolgung des biblischen Spruches nimmt: „Seid fruchtbar und mehret Euch“, dürfte auch Professor Wagner laun sein. Wenn wir trotzdem in Agrarstaaten vielfach eine relativ schwache Bevölkerungszunahme finden, handelt es sich um andre Ursachen. Das eine Mal um Länder, in denen ein großer Teil der Bevölkerung im tiefsten Elend vegetiert, wo es vielen unmöglich ist, eine Familie zu begründen und Unterernährung, Seuchen, Verelendung alljährlich unter den Armen aufkommen. Derartige agrarstaatliche Zustände werden auch Herrn Professor Wagner laun als „selbstverständliches Ideal“ gelten. Dann haben wir andre Agrarländer, in denen zwar die Verhältnisse etwas besser sind, diese bessere Lage aber, wie sich bei näherer Betrachtung zeigt, nur dadurch aufrecht erhalten werden kann, daß stetig ein großer Teil der Bevölkerung aus- und abwandert, teils in entferntere Gegenden, um dort weiter Landwirtschaft zu betreiben und nach einiger Zeit als Konkurrent der im Heimatsland zurückgebliebenen aufzutreten, teils in näher gelegene industrielle Gegenden. In dieser Gruppe gehören fast sämtliche Agrar-Gegenden Mittel- und Südeuropas. Auch Deutschland gab früher bekanntlich alljährlich einen bedeutenden Teil seiner Landbevölkerung an andre Staaten ab, bis nenerdings seine industrielle Entwicklung die Auswanderung fast ganz zurückgedrängt hat, und statt nach überseeischen Gebieten sich die überschüssige Bevölkerung des Ostens nach dem industriellen Westen ergießt, um dort in der Industrie ein Unterkommen zu suchen. Ist es doch eine all-

bekannte, statistisch festgestellte Tatsache, daß die Volksdichtigkeit der Industriestaaten und Industriegegenden weniger durch die schnelle Vermehrung der dortigen alteingesessenen Bevölkerung als durch den stetigen Zustrom aus den Agrarländern geschaffen wird, für deren immer wieder anschwellende relative Uebersättigung sie sich gewissermaßen als Sicherheitsventile erweisen.

Doch noch eine dritte Art von Agrarländern giebt es: Länder, in denen trotz immer wiederkehrender Hungersnöte und Seuchen, trotz zunehmender Verelendung die Bevölkerung zunimmt und infolge der geographischen Lage, religiöser Vorurteile, staatlicher Hindernismahregel und dergleichen kein genügender Abzug vorhanden ist, wie z. B. in einzelnen Distrikten Chinas und Indiens. Aber wenn schon die oben geschilderten agrarstaatlichen Zustände alles andre denn ein selbstverständliches Ideal“ sind, so ist es das in diesen Gegenden übliche Niveau der Lebenshaltung, das halbsterbliche Fortvegetieren, die dumpfe Ergebenheit in das Schicksal noch weniger.

So stellt sich in Wirklichkeit die Bevölkerungszunahme für die Agrarländer. Dagegen finden wir in den Industriestaaten, wenn es auch in diesen keineswegs an Störungen und sogenannten Uebersättigungszuständen fehlt, daß sie nicht nur den Zuwachs ihrer eignen Bevölkerung, sondern auch noch einen Teil des Ueberflusses der Agrarstaaten aufzunehmen vermögen. Mit der industriellen Entwicklung sind aber doch Krisen und periodische Arbeitslosigkeit verknüpft, meint Wagner. Sicherlich, aber nicht minder sind mit der Agrarproduktion Mißwachs, Mitternachten und Hungersnöte verbunden: chronische, bald schwächer, bald stärker auftretende Leiden des Agrarstaates, die diesen immer wieder aufs bestmögliche erschüttern.

Die ganze Argumentation und Problemstellung Wagners zeigt, daß er nicht auf Grund volkswirtschaftlicher Erkenntnisse zur Forderung der Verlangsamung der industriellen Entwicklung kommt, sondern wie ihn umgekehrt seine politischen Motive entsprechende Forderung der Erhaltung des Großgrundbesitzes zur Annahme bestimmter volkswirtschaftlicher Anschauungen führt — wenn er selbst auch vielleicht sich über diesen Zusammenhang nicht klar ist. Für den eigentlichen Industriestaat, also auch für Preussens, stellt das Problem sich so dar: gegeben ist die Bevölkerungszunahme, Zweck ist die Erhaltung der steigenden Bevölkerung unter Berücksichtigung der vorhandenen wirtschaftlichen Bedingungen; die Antwort lautet natürlich: Förderung der industriellen Entwicklung. Anders bei Wagner. Er geht von dem Grundgedanken aus, das konservative Element des deutschen Staatslebens (er nennt es anscheinend die „politische Geländtheit“) ist zu erhalten, daraus ergibt sich als Zweck die Konservierung der wirtschaftlichen Stellung des Großgrundbesitzes, und da die Bevölkerungszunahme unter den bestehenden Verhältnissen immer wieder zum Ausbau der Industrie treibt, kommt er ganz konsequent zur Forderung möglicher Einschränkung dieser Zunahme.

Die Konservierung des Großgrundbesitzes ist für Wagner so ausschlaggebend, daß er sogar die Erhaltung der Wehrkraft ihr gegenüber gering ansetzt. Klar ist, bleibt Deutschlands Bevölkerung stabil, so wird seine Wehrkraft von den europäischen Völkern, deren Bevölkerung in bisheriger Weise weiter forschreitet, überholt. Doch Wagner weiß sich Rat, wie immer in solchen Fällen greift er auch hier wieder zu einer Annahme. Er unterstellt einfach, bei der Wehrkraft läge es auf die Volkszahl und -Vermehrung gar nicht an; Frankreich sei ja auch, obgleich viel kleiner als Russland, diesem ebebürtig, und nun gar das große China — „was leistet es militärisch, politisch?“

Ein Beweis, der ungefähr auf derselben Höhe steht, wie das im ersten Zeitarikel mitgeteilte Rechenexempel. Würde jemand Wagner bezüglich seiner Ausführungen über die Schönheit des Agrarstaates auf Jaland vertreiben, dessen Bevölkerung im letzten Jahrhundert um drei Millionen zuzunehmen ist, er würde sicherlich antworten: „Ja haben wir denn irische Verhältnisse?“ Das hindert ihn aber nicht die politischen und militärischen Verhältnisse der europäischen Großmächte nach denen Chinas zu beurteilen.

Doch nun zur Hauptfrage: wie ist die rasche Zunahme der Bevölkerung zu verhindern? Dadurch, daß wir uns nach Wagners Worten umsehen, „damit aus dieser Entwicklung der Bevölkerung nicht Uebersättigung mit all den peinigenden Folgen einer solchen hervorgehe“. Und was sind das für Wagners — die Erhaltung des Grundbesitzes! Zur Erreichung dieses Ziels aber bedarf es des Agrarstaates; folglich muß, wer nicht die Uebersättigung mit ihren Folgen will, für die agrarische Bevölkerungszunahme eintreten. Und nun legt Wagner los und sucht in langen Ausführungen nicht nur die Notlage der Landwirtschaft und Verelendung hoher Agrarvölker zu erweisen, sondern auch ihre Nützlichkeit für den Arbeiter; denn, wenn die Landwirte mehr verdienen, erhalten auch die Landarbeiter höhere Löhne, und selbst die Industrie-Arbeiter gewinnen, da der Absatz an die Landbevölkerung steigen würde, wodurch eine Zunahme der industriellen Tätigkeit erfolgen müsse, und das bedeute für den Arbeiter geschicktere Beschäftigung.

Ein Interloper wandert seltsamer Behauptungen und noch seltsamerer Folgerungen. Diesen Räudel aufzulösen, möchten wir uns erproben; es genügt, auf einen Widerspruch hinzuweisen, mit dem der ganze Bau zusammenfällt. Wodurch soll der Grundbesitz bzw. die Landwirtschaft auf eine Verminderung der Bevölkerungszunahme hinwirken? Nach Wagner hängt die Zu- und Abnahme von den günstigen oder ungünstigen Erwerbs- und Lebensverhältnissen ab. Also kann eine Verminderung der Volksvermehrung durch die Landwirtschaft und die ihrer Erhaltung dienenden Agrarvölker nur dann angenommen werden, wenn man zugleich unterstellt, daß diese die Lebensverhältnisse der unteren Schichten verschlechtern und dadurch eine geringere Geburts- und größere Sterblichkeitsziffer herbeiführen. Deshalb hat denn auch in richtiger Konsequenz Brentano Wagner vorgeworfen, sein Ziel sei eine größere Verelendung

der Volksmasse und als deren Folge eine Zunahme der Sterblichkeit. Darüber regt sich Wagner gewaltig auf, spricht von Tiraden und erklärt, es wäre ihm gar nicht eingefallen, eine solche Folgerung zu ziehen. Das ist richtig, in Wagners Ausführungen steht von dieser „Verelendung“ nichts; nicht minder richtig ist aber, daß Brentanos Folgerung sich mit klarer Konsequenz aus Wagners Ausführungen ergibt, und daß, sobald sie als geeignet wird, Wagners ganze Deduktion einfach in Luft auflöst werden.

Und nun gar die in dieser zweiten Auflage verfochtene Behauptung, die Stärkung der Landwirtschaft durch höhere Zölle werde die Bevölkerungszunahme vermindern und doch andererseits die Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter bessern, nachdem im vorausgehenden Kapitel erst eben auseinandergelegt worden ist, unangünstige Lebensverhältnisse beeinträchtigen, günstige erhöhen die Volkszunahme!

Die Arbeiter verschließen sich den Folgen der Entwicklung zum Industriestaat nicht; sie spüren sie täglich an eignen Leiden und schärfer als in irgend- welchen konservativen volkswirtschaftlichen Schriften sind in den sozialistischen die verberlichenden Begleiterscheinungen der industriellen, kapitalistischen Entwicklung hingeleitet. Aber daraus ergibt sich für uns nicht die Konservierung agrarstaatlicher Zustände nach Wagnerschem Rezept, sondern die Lösung: Hinweg über den Industriestaat zur sozialistischen Wirtschaftsordnung!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. April.

Die Kommission für Zollunionen

nimmt am Dienstag ihre Beratungen wieder auf. Während das Plenum erst eine Woche später zusammentritt, will die Kommission schon jetzt durch Abhaltung von täglichen Doppelsitzungen ihren gemeinsamen Vorkurs beweisen. Die Beratungen beginnen bei Position 44 des Tarifs: Weintrauben. Vorkünftig ist man also bereit, ohne Diktate zu arbeiten.

Von den vielerörterten Ausnahmestücken für die Zollkommission ist im Augenblick überhaupt wenig die Rede. Das Interesse richtet sich vielmehr fast ausschließlich darauf, ob die Regierung sofort oder bei baldigster Gelegenheit in der Kommission neue Erklärungen geben wird.

Als Graf Posadowsky seine Rundfahrt nach Mittel- und Süddeutschland antrat, lebte die Presse des Ueberwuchers in der Hoffnung, es werde aus diesen Ministerkonferenzen ein Entgegenkommen der Regierungen zu Gunsten der Wünsche der Kompromissparteien entspringen. Die offiziellen Erklärungen über Inhalt und Ausgang der Besprechungen zwischen dem Grafen Posadowsky und seinen Kollegen in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe lassen jedoch keinen Zweifel, daß jene Hoffnungen unerfüllt bleiben.

Die „Kreuz-Zeitung“ richtet den Fort ihrer enttäuschten Erwartungen, da sie die Regierung vorläufig noch vorsichtig zu behandeln vorzieht, gegen die Offiziösen, deren ungeschickte Beherrschung die Situation wieder einmal höchst verwickelt hätten und die Schuld tragen, wenn die Opposition „wieder munter“ werde. Recht trübselig saßt das konservative Blatt seine letzte Betrachtung über die zollpolitische Lage in dem Ergebnis zusammen:

„Wie man sieht, ist die Lage wieder einmal dank der Thätigkeit unfruchtbarer Offiziösen oder solcher, die sich dafür ausgeben, gänzlich verworren. Die laufenden Dritten stehen inzwischen schadenfroh beiseite. Es ist wirklich Zeit, daß man — wofür man überhaupt noch Wert auf das Zustandekommen der Zolltarifreform legt — sich endlich bemüht, durch so schwere Fehler, wie wir sie in Vorstehendem gekennzeichnet haben, nicht weiter der Opposition Wasser auf ihre Mühlen zu liefern.“

Nicht minder unwillig sind die Schächerer des Centrums, daß die Regierung anscheinend das Zollgeschäft durchaus nur zu dem von ihr zuerst gestellten Preis abschließen will. Die „Bläuische Volkszeitung“ spricht von Suspicion der zollpolitischen Lage und erklärt:

„Die Dinge liegen also nun thatsächlich so, daß es gar keinen Zweck mehr hat, sich mit der Zollvorlage abzumühen, es sei denn, daß die Mehrheit willens wäre, die Mindestzölle für Getreide unverändert anzunehmen. Hoffentlich wird gleich in der ersten Sitzung der Kommission am nächsten Dienstag volle Klarheit darüber geschaffen, ob es sich noch lohnt, die Beratungen fortzusetzen. Das Hin und Her hat nun wahrlich lange genug gedauert.“

Es ist also wohl möglich, daß der Staatssekretär für Aundreisen alsbald aus der Mitte der Kompromissparteien zu weiteren Erklärungen herausgefordert werden wird. Wenn dann Graf Posadowsky das Festhalten der Regierungen an ihrem „Unannehmbar“ von neuem verkündigt, so tritt an die Konservativen und das Centrum die entscheidende Frage heran, ob sie — ihren Rückzug auf die Regierungsvorlage schon demnächst vollziehen wollen oder ob sie es vorziehen, noch weiter den starken Mann zu spielen und die Zollberatung in der bisherigen Art fortzusetzen, um erst später sich mit der Regierung zu finden.

Die Zollopposition aber hütet sich, wie die „Kreuzzeitung“ meint, munter zu werden infolge des Kleinrieges, der zwischen den feindlichen Bücher- und Ueberwuchersfreunden spielt. Die Zollopposition, wenigstens ihre stärkste Gruppe, die Socialdemokratie, ist munter aus eigener Kompensüberzeugung. Wären Regierung und Ueberwuchers sich schlagen oder sich vertragen, wir rechnen nur auf uns selbst. Wir führen den Kampf, als sei die Verhinderung der jetzt noch Oadenden gewiß. Tritt sie etwa doch nicht ein, um so besser; aber Art und Maß unsrer Mühsung wird von solcher Möglichkeit keinesfalls bestimmt.

Agarische und Schprehen. Man schreibt uns: Am 3. 4. und 5. April hat in Königsberg die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen getagt. Die Verhandlungen haben interessante Dinge ergeben. Bemerkenswert war gleich die Eröffnungsrede des Vorsitzenden. In derselben hieß es:

„Einen durchgreifenden Erfolg für die gesamte Lage der ostpreussischen Landwirtschaft werden wir aber nur dann erzielen, wenn die durch unsere gegenwärtige Zoll- und Eisenbahnpolitik geschaffenen Hindernisse beseitigt werden, die sich einer günstigen Gestaltung unserer Landwirtschaft entgegenstellen. (Zustimmung.) Wiederholt haben wir von dieser Seite aus darauf hingewiesen; mit besonderer Erwartung verfolgen wir den Gang der parlamentarischen Kämpfe, die gegenwärtig in der Reichspolitik ausgetragen werden. Mögen diese Kämpfe zu einer für die Landwirtschaft vorteilhaften Entscheidung führen!“

Sollten aber, meine Herren, die Kampfverläufe diesmal unangünstig fallen — wir dürfen darum nicht verzagen.“

Den letzten Satz werden alle Gegner des Brotwunders mit Freuden unterschreiben.

Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die Arbeitsverhältnisse ein. Die Abwanderung der Arbeiter läßt etwas nach. Die Versuche, die zur Entlassung kommenden Soldaten auf das Land zu führen, wurden als gänzlich gescheitert bezeichnet. Als ein milderer Versuch müssen die Bemühungen, Arbeiterfamilien aus dem Westen nach Ostpreußen zurückzuführen, angesehen werden. Nur 74 Familien mit 529 Köpfen sind in drei Transporten zurück befördert. Sehr angenehm für uns Sozialdemokraten ist, daß diese Familien möglichst über die ganze Provinz verteilt wurden. Sie werden wie Sauerteig wirken.

Um die Arbeiter an die Arbeitsstelle zu fesseln, werden für langjährige Dienstzeit Medaillen und Diplome verteilt. Im letzten Jahre wurden dafür 284 M. ausgegeben. Auf Antrag der Arbeitgeber sind gegen 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beklagt worden. Die Geschichte ist also so billig wie nur möglich. Damit den Arbeitern die Sache nicht gar zu lächerlich vorkommt, ist der Arbeitgeber, welcher die Prämierung beantragt, verpflichtet, bei zehnjähriger Dienstzeit dem Arbeiter zu zahlen mindestens 3 M., bei zwanzigjähriger Dienstzeit mindestens 5 M., und bei dreißigjähriger Dienstzeit mindestens 10 M. Ein wahrer Betrug! Aber die paar Mark, die sie zahlen sollen, sind den Herren Gutsbesitzern noch zu viel. Das Kammermitglied Oberstlieutenant v. Sodenstern war der Ansicht, daß es nicht billig sei, wenn der Arbeitgeber von der Landwirtschaftskammer verpflichtet werde, seinerseits für die Prämierung treugetruener Arbeiter auch etwas zu leisten, und stellte den Antrag, daß die Verpflichtung der Arbeitgeber aufgehoben werde.

Nach dieser Arbeiterdebatte folgten Auseinandersetzungen, an denen die Landarbeiter ein sehr wesentliches Interesse haben. Es wurde über Schutzvorrichtungen an Gabelwerken verhandelt. Den darauf bezüglichen Paragraphen einer Polizeiverordnung hat der Oberpräsident kürzlich auf ein weiteres Jahr außer Kraft gesetzt. Jetzt beantragte Herr von Hippel, Gr.-Kuglsad, der Vorstand der Landwirtschaftskammer solle an den Oberpräsidenten die Bitte richten, diesen Paragraphen gänzlich außer Kraft zu setzen. Das Kammermitglied Pelz meinte, man müsse anerkennen, daß Ausschaltvorrichtungen, wie sie die Polizeiverordnung verlangt, unter Umständen Gutes bewirken könnten. Oberstlieutenant v. Sodenstern erklärte dagegen, es sei unmöglich, unter allen Umständen Unglücksfälle an Gabelwerken zu verhindern. Da in Ostpreußen 140 000 Gabelwerke existieren, werde die Annahme, des Antrages Hippel Verhinderung in der Landbevölkerung hervorzurufen. — Diese Behauptung würde natürlich nur bei den Besitzern der Gabelwerke Platz greifen, nicht aber bei den Arbeitern, die ihre Gliedmaßen auf das Spiel setzen. — Der Antrag Hippel wurde einstimmig angenommen! —

Marienburg, 7. April. Amliches Wahlergebnis. Bei der am 3. April im Wahlkreis 1. Elbing-Marienburg stattgehabten Reichstags-Ergebniswahl erhielten von 18 399 abgegebenen Stimmen v. Oldenburg, Rittergutsbesitzer in Januschan, Kreis Kolbenseberg (Westpreußen), (kons.) 9205 Stimmen, König, Kaufmann in Elbing, (soc.) 4929, Jägermann, Krobst in Elbing, (Ctr.) 2387, Kändler, Architekt in Posen, (freis.) 1251 und Wagner, Inspektor in Berlin, (natl.) 415 Stimmen; v. Oldenburg ist somit gewählt. —

Heber den Fall Abbe kommt die Gehpresse noch immer nicht zur Ruhe. Nur mit ärgerlichem Widerstreben giebt man der von der Geschäftsleitung der Zeit-Verke ausgehenden Mitteilung Raum, daß der Landrat und die Bildungsbildlichkeit der Jenaer Arbeiter nur eine böswillige Erfindung waren. Am weitendsten ist das Jenaer Heßblattchen, das die Tatarennachricht zuerst verbreitet hat, die „Jenaer Zeitung“. Da sie sonst absolut nichts mehr zu sagen weiß, führt sie ihren Lesern das sensationelle Ereignis zu Gemüte, daß der „Vorwärts“ das freisinnige „Jenaer Volksblatt“ als „Vorderorgan“ bezeichnet habe. Dagegen das „Jenaer Volksblatt“ diese kindische Denunziation mit wahriger Gelassenheit hinhinläßt, als unlängst Herr Dr. Barth die gleiche „Beleidigung“ im Abgeordnetenhaus, wollen wir doch dem reaktionären Heßblattchen den Trost antun, unsere selbstverständlich nur auf einem Pflichtgefühl beruhende Ernennung des „Jenaer Volksblatt“ zum sozialdemokratischen Parteiorgan hiermit mit aller Bestimmtheit zu widerrufen. —

Der Bund der Landwirte und seine pfälzische Abteilung. Aus der Pfalz schreibt man uns: Die Pfalz, in der der Bund der Landwirte bei den letzten Reichs- und Landtagswahlen die ausschlaggebende Rolle spielen konnte und die Mandate nach seinem Gutdünken vergab, dürfte für den Bund das nächste Mal verloren sein.

Trotz fieberhafter Agitation durch die Wandredner des Bundes will es nicht gelingen, der Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit seiner Bundesgenossen zu steuern. Als seiner Zeit die Sozialdemokraten die Protestanten wider den Brotwunder eifriger liehen und einen gewaltigen Erfolg davontrugen, da wurde von Bundesseite eine große Gegenagitation angekündigt. Das Resultat wurde bis heute noch nicht bekannt gegeben, die Gegenagitation verlief im Sande. Die im vorigen Herbst mit großem Tamtam angekündigte Generalversammlung des Bundes für die Pfalz, die mit einem „großen Bauerntag“ verknüpft wurde und zu deren Abhaltung das inmitten der Pfalz gelegene weinschöne Reustadt an der Wardi bestimmt wurde, fiel glänzlich genug aus; kaum 200 Männchen aus der ganzen Pfalz fanden sich ein, trotzdem der Bund seine besten Gänge — Lude und Rösche — vor den Korren gespannt hatte. Die nationalliberalen Abgeordneten der Pfalz, die vordem gehoriam eines jeden Winkes der Wandler harrten, blieben der „imposanten Versammlung“ gleichfalls fern.

Der größte Schmerz widerfuhr dem Bunde aber durch einen seiner ungetreuen Anechte, den von ihm in den Sattel gehobenen Weingutsbesitzer Fiß in Eberfeld. Fiß, der Mitglied des Bundes und als solcher zum Abgeordneten des fünften pfälzischen Wahlkreises Homburg-Rufel gewählt wurde, stimmte seiner Zeit mit den Nationalliberalen — seiner alten Liebe —, als diese der Regierung des Onkel Eberhard ihr Vertrauen bezogen. Das war mehr, als die Bundeshauptlinge vertragen konnten, und Fiß ist seitdem ein geachteter Mann. Dafür rächte er sich, indem er das, was er hinter den Coulissen erschaut und gehört, ansplauderte. Einem kapitalen Streich lieferte er jüngst in seinem Heimatort die Bundesbewerber Reuterthor aus Offenbach a. M. Dieser Herr kam, um die Bauern Eberfelds für den Postwiderbreitungsplan. Fiß aber machte! Er sammelte seine Mannen, nötigte den offiziellen Bundesredner zum Rückzug, zog wider die Bundesführer ordentlich vom Leder und ließ durch die Bauernversammlung eine Resolution annehmen, in der der Abgeordnete des Kreises, der bekannte Wandredner Dr. Deinhard, aufgefordert wurde,

„... für die von der Kommission bereits beschlossenen und noch zu beschließenden Forderungen einzutreten, dagegen die Forderungen des Bundes „alles oder nichts“ im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse des Weinbaues auf das allerentschiedenste zu bekämpfen.“

Die Geschichte wird aber erst recht pikant, wenn man weiß, daß Dr. Deinhard selbst Träger des Bundes ist.

Der agrarische „Pfälzische Kurier“ beschuldigt nunmehr Fiß, daß er den weinschönen und seligen Doktor aus Reidesheim aus seinem Wahlkreis hinausjageln und sich selbst an dessen Stelle setzen wolle. Das wahr ist, weiß man nicht, aber das weiß man, daß Fiß Dr. Rösche nach dem Sitz des Herrn Fiß in Homburg-Rufel schickte, weil dieser immerhin mehr Gewißheit für eine Wiederwahl bietet, als der von den Sozialdemokraten bedrohte Wahlkreis Kaiser's-Lautern. Herr Fiß hat aber zur Zeit nicht das geringste Bedürfnis, aus jenem Wahlkreis zu weichen.

Nach im ersten Wahlkreis Ludwigshafen, den unser Genosse Ehrhart vertritt, gehen die Nationalliberalen selbständiger als früher. Es verlautet, daß sie den Landtagsabgeordneten Dr. Sommerfeldt, einen Gymnasialprofessor aus Speier und ein entschiedener Gegner der Agrarier, als Kandidaten aufstellen wollen.

Einen schweren Reuefall erlebte der Bund auch dieser Tage erst wieder, und zwar waren es rechte und rechte Bauern, die ihm eine schwere Niederlage bereiteten. Wie schon einmal berichtet, wurde für die Ludwigshafener Walzmühle bei der letzten Reform des bayerischen Steuergesetzes eine eigene Erbschaftsteuer geschaffen. Nun muß der Bund aber den Schmerz erleben, daß entgegen dem Willen seines Organs, des „Pfälz. Couriers“, sich 1800 Bauern aus 30 Ortschaften der Vorderpfalz in einer Petition an den bayerischen Landtag wandten mit dem Ersuchen, die Lex Walzmühle im Interesse ihrer — der Bauern — wirtschaftlichen Lage aufzuheben. Das interessanteste dabei ist aber ohne Zweifel die Thatsache, daß die 1800 Bauern sich gerade in jenen Orten finden, an denen der Bund seit Jahren festen Fuß gefaßt und sogar starke Ortsgruppen hat.

Der Bund hat in der Pfalz seine Rolle ausgespielt. —

Ausland.

Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 5. April.

Mit dem 1. April ist der erste im Gesetz Millerand-Collard vom 30. März 1900 vorgesehene Termin der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde angebrochen. Die zwei Schonperioden von je zwei Jahren, nach deren Ablauf das Zehnstundengesetz für die „gemischten“ Betriebe, wo Männer, Frauen und Kinder-jährige zusammen beschäftigt sind, erst durchgeführt werden soll, waren selbstverständlich darauf berechnet, dem Unternehmertum den Übergang zum Zehnstundentag zu erleichtern. Dieses Jugendstadium an die „Interessen der Industrie“ hindert nun aber das Unternehmertum nicht, der Durchführung der Reform thätigen Widerstand entgegenzusetzen. Wie schon vor 2 Jahren, als die Arbeitszeit auf 11 Stunden verkürzt werden sollte, verfuhr das Unternehmertum jetzt von neuem, den Lohn um eine der Zeitverkürzung entsprechende Größe zu reduzieren. Und wie damals, müssen die Arbeiter durch den Streik für die Aufrechterhaltung des bisherigen Lohnes kämpfen. Diesmal ist aber natürlich die Streikbewegung sehr viel ausgedehnter, indem die Einführung des 10^{1/2}stündigen Tages mehr Betriebe trifft, darunter vor allem die Textilindustrie.

Die Bewegung hat bereits erfasst die Webereien in Reims mit etwa 6000 Arbeitern, zahlreiche Textilbetriebe im Norddepartement, und zwar in Lille, Roubaix, Tourcoing, Fournies, dann in Anancy (Oberavonen), in Sienne, in Aubenas (Ardèche), wo die Seidenarbeiter zugleich den Zehnstundentag fordern, eine Färberei und eine Weberei im Vogesendepartement, die Porzellanfabriken von Limoges u. a. m. In den Vogesen hat eine Fabrik die Frauen und Kinderjährligen einfach entlassen, um weiter 11 Stunden arbeiten lassen zu können. Die Männer traten deshalb in den Streik. In Saint-Pons (Ardone) streikten die Arbeiter einer Leinwandfabrik, weil sie um eine halbe Stunde die Mittagspause verlängert wissen wollen, während die Direktion die Arbeit am Morgen um eine halbe Stunde später beginnen lassen will. Bisher haben die Unternehmer nur in vereinzelten Fällen nachgegeben, in je einer Fabrik zu Roubaix und Tourcoing.

In Reims, wo der Ausstand allgemein ist, steht an der Spitze der Bewegung ein Generalkomitee, das von den Arbeitern ermächtigt wurde, namens aller Betriebe den Kampf zu leiten. Die Streikenden halten ihre Versammlungen ab in einer Vorstadt unter offenem Himmel, auf dem „Streikfeld“, so genannt seit dem Streik von 1880. Auch veranstalten sie Streiklandgebungen.

In Sienne hat der Widerstand der Unternehmer nach einer Meldung der „Petite République“ einen politischen Nebenzweck: der Streik soll dazu dienen, die Wahlsansichten der ministeriellen Kandidaten zu begünstigen. Einige kleine Fabriken wollen nachgeben, sie wurden aber daran verhindert durch die Vorkott-drohung der großen Betriebe, von denen sie technisch abhängen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahl in der Rotunde.

—st— Wien, 4. April. Am Sonntag wird sich in Wien eine Wahl abspielen, der nicht nur eine große politische Bedeutung zukommt, sondern die auch in ihrer äußerlichen Abwicklung ganz ungewöhnlich ist. Die Handlungsgehilfen haben nämlich ihren Gehilfenausschuß — das vertretende Organ der als Nebenkörper der Zwangsgenossenschaft fungierenden Gehilfenversammlung — und die Funktionäre für ihre Kreislösche zu wählen. Es ist dieselbe Wahl, die schon im Jahre 1898 abgehalten und entschieden worden ist. Damals siegten mit einer Mehrheit von 800 Stimmen die Sozialdemokraten über die die Stellen besitzenden Christlichsozialen, doch wurde die Wahl von dem ganz im Christlichsozialen Fahrwasser schwimmenden Magistrat annulliert und der bisherige Obmann Kymann mit der Leitung „provisorisch“ betraut. Dieses Provisorium dauerte nicht weniger als dreieinhalb Jahre, also länger als die Zeit für die gesetzliche Mandatsdauer bestimmt ist. Die Neuwahl fand erst im November 1901 statt; wie sie Herr Kymann zu vereiteln wußte, ist noch in Erinnerung. Um der gewissen Niederlage zu entkommen, sifflerte er ohne jeden Grund die Wahlhandlung — hoffend, daß er die langjährige Verschleppungspolitik weiter fortführen werde können. Aber das energische Auftreten unsrer Genossen im Parlament machte durch diese Rechnung einen Strich; die Behörde wußte dem Standal ein Ende machen und so wurde Herr Kymann seines Amtes entsetzt und der Magistrat, die Gewerbebehörde erster Instanz, mit der Durchführung der neuen Wahl betraut.

Die Wahl findet nun diesen Sonntag statt. Schon das Quantum der zu wählenden Mandatäre ist ein ungewöhnlich großes: es sind für die verschiedenen Funktionen etwa 120 Menschen zu wählen. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes muß die Wahl in einer Gehilfenversammlung, also in einer Versammlung erfolgen; da nun die Wählerzahl etwa 18 000 ist — es wählen sämtliche Angestellten der protokollierten Firmen — so war es nicht leicht, ein passendes Lokal zu finden, um so mehr, als Herr Kymann behauptet hatte, nur die Kleinheit des Lokals — es wurde in der Volkshalle des Rathhauses gewählt — habe im November die Durchführung der Wahl unmöglich gemacht. Die Regierung hat nun ein Wahllokal bestimmt, wie es in dieser Ausdehnung wohl noch nie gegeben hat: die Rotunde, den bekannten Eisenbau im Prater, der im Jahre 1878 für die Wiener Weltausstellung errichtet worden ist. Der Riesenturm vermag mit Leichtigkeit 70 000 Menschen aufzunehmen, ist also als

Wahllokal gewiß ein Unikum, das selbst die an gigantische Größenverhältnisse gewohnten Amerikaner erstaunen machen würde. In dem gewaltigen Saal werden 24 Sektionen errichtet und ein Heer von Beamten und Polizisten ist degniert, die glatte Durchführung des Wahles zu sichern. Er ist also anzunehmen, daß diese Wahlen der Handlungsgehilfen, die seit vier Jahren im politischen Leben Oesterreichs einen sehr breiten Raum einnehmen, endlich erledigt werden werden.

Bei der Wahl stehen sich nur zwei Parteien gegenüber: die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen. Herr Kymann selbst, der seither Gemeinderat und Reichsrats-Abgeordneter gewesen ist, ist seiner Partei im letzten Augenblick davongelaufen; er kandidiert nicht mehr. Er scheint sich der Erkenntnis nicht mehr zu verschließen, daß sein Durchfall sicher ist, und so sehen unsere Genossen der Wahl mit den besten Hoffnungen und der Erwartung eines großen Sieges entgegen.

Ueber den Wahlausfall wird gemeldet: Die Stimmabgabe in der Rotunde, die von Polizeikommissionen umstellt war, erfolgte ruhig, aber rings um den Prater kam es am Nachmittag allerorten zu Aufruhr und Prügeleien zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Die Polizei war nicht im Stande, dies zu verhindern. Es gab viele Verwundete. Die Wut der Christlich-Sozialen steigerte sich, als sie vernahmten, daß ihr Kandidat in der Minorität geblieben war. Abgegeben wurden 9870 Stimmen. Der Sozialdemokrat Fiß wurde mit 5818 Stimmen gewählt.

Schweiz.

Das neue Parlamentgebäude und die Bundesversammlung.

Bern, 4. April. (Eig. Ber.) In den etwa umfönden 1. April ist das neue Bundes-Parlamentshaus eingeweiht worden. 7^{1/2} Jahre, also seit 1895, ist an der Herstellung desselben gearbeitet worden, und 8 200 000 Fr. hat der prächtige Monumentalbau gekostet. Im neuen Bundeshaus halten National- und Ständerat ihre Sitzungen, und daneben giebt es zahlreiche Säle und Sitzungszimmer für die Kommissionen, die Präsidents der beiden Räte, für den Bundesrat, für die Journalisten und Stenographen, Zeitungs- und Bibliothekszimmer etc. Im zweiten Stock sind die Büros des eidgenössischen statistischen Amtes, in den Dachräumen die Archive etc. Ein böies Omen ist es, daß als erste wichtige Materie die Zollvorlage zur Behandlung gelangt, die es auf eine Bündelung aller Kreise, die nicht zur Landwirtschaft, dem verzögerten Schöpfend der bürgerlichen Parteien und des Bundesrats wie der Kantonsregierungen, gehören, abgesehen hat.

Der mit der Einweihung des neuen Parlaments eröffneten Bundesversammlung liegen gegen 20 verschiedene Gesetze zur Erledigung vor, wovon wir als wichtigste außer dem Zolltarif erwähnen: Die Vorlage betreffend Anhebung der Presse wegen Verleumdung des Militarismus, Erleichterung der Einbürgerung, Neueinteilung der Nationalrats-Wahlkreise, Unterstützung der Volkshaus, Freigabe des Sonnabendnachmittags etc. Demnach kommt dieser parlamentarischen Frühjahrsession eine ganz außergewöhnliche Bedeutung zu. —

Frankreich.

Zu den Wahlen. Von den ausstehenden Deputierten werden 52 nicht wieder kandidieren, 9 Sitze sind durch Tod oder Wahl der Inhaber zu Senatoren zur Zeit erledigt, so daß also mindestens 61 Deputierten durch neue Männer besetzt werden. Trotzdem die Wahlperiode offiziell erst seit 3 Tagen eröffnet ist, haben sich im Seine-departement doch bereits 163 Kandidaten gemeldet; in den Provinzen sind bisher 800 Kandidaten zur Anmeldung gelangt. —

Belgien.

Verbot der Demonstrationen. Aus Brüssel meldet der Telegraph: In Brüssel und andern belgischen Städten wurden die für morgen und übermorgen angelegten politischen Demonstrationen polizeilich unterlagert. Nichtsdestoweniger haben die vereinigten Oppositionsparteien öffentliche Versammlungen einberufen, dieselben finden größtenteils in der Nähe der Bahnhöfe statt, wo die liberalen Abgeordneten bei ihrer Rückkehr aus Brüssel mit feindlichen Andeutungen empfangen werden sollen. Die belgische Regierung hat den Armeeoberkommandanten strenge Befehle zur Aufrechterhaltung der Ordnung erteilt. —

Spanien.

Das Programm der Regierung. In der Kammer Sitzung vom 5. April unterbreitete das Ministerium sein Programm. Danach scheinen die letzten Ereignisse nicht ganz ohne Einfluß auf die Regierung geblieben zu sein. Wenigstens versprechen die Minister, daß soziale Reformen in die Wege geleitet werden sollen. Einer besonderen Abteilung im Ministerium für Gewerbe und Ackerbau soll die Aufgabe zufallen, Befehle zur Regelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit vorzubereiten. Auch eine Steuerreform wird in Aussicht gestellt; die Steuern und das städtische Ölrohr sollen herabgesetzt beziehentlich befreit werden. Angekündigt wird ferner ein Gesetz, wonach die Religionsorden unter Staatsaufsicht gestellt werden sollen. —

Schweden.

Gegen den Wahlrechts-Entwurf der Regierung wurde in den Freitag an vielen Orten des Landes in zahlreich besuchten Versammlungen protestiert, die teils von den liberalen Wahlrechtsfreunden einberufen waren, teils von der Arbeiterschaft. In allen Versammlungen wurde der Regierungsvorschlag entschieden zurückgewiesen; einige erklärten sich für den Vermittlungs-Vorschlag der freisinnigen Landesvereinigungen, das politische Wahlrecht auf alle Kommunal-Wahlberechtigten, aber ohne jede Einschränkung, auszudehnen, einige wollten sich mit dieser Reform als mit einem Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht vorläufig zufrieden geben, wogegen andre unbedingte Forderung des allgemeinen Wahlrechts festhielten und die Entscheidung über die fernere Taktik dem außerordentlichen Parteikonferenz der Sozialdemokratie überließen. — Die Arbeiterschaft Stockholms wird am Sonntag eine allgemeine Demonstrationsversammlung zur Wahlrechtsfrage abhalten. —

Türkei.

Unruhen in Albanien. Das Wiener Telegr.-Bureau meldet: Nach Ipe, wo, wie gemeldet, Unruhen ausgebrochen sind, wurden zwei Bataillone abgefannt.

Eingetroffene Nachrichten zufolge ist der Verkehr mit Nitrowitza und Kowibazar seit dem 2. April gestört. In beiden Städten herrscht eine Panik. Die Buzare seien gesperrt. In Kowibazar sei der Anomalom in die Citadelle geflüchtet. Der Konal und das Telegraphenamt werden durch die Aufständischen besetzt gehalten. General Schumi-Bascha sei mit einem Kavallerie-Regiment von Kristina abgegangen, um die Ruhe wiederherzustellen. Auf der Pforte versichert man, daß die Vorfälle lediglich lokalen Charakter trügen und die Wiederherstellung der Ordnung heute oder morgen zu erwarten sei.

Nach einer Meldung von anderer Seite sind aus Albanien beruhigendere Meldungen eingelaufen. Den türkischen Truppen unter General Schumi-Bascha soll es gelungen sein, den Aufstand in Ipe, Nitrowitza und Kowibazar zu unterdrücken. Die Anfrezung unter der friedliebenden Bevölkerung begann sich zu legen. Die russischen, österreichischen und italienischen Konsula seien bestrbt, die Friedensaktion nach Möglichkeit zu unterstützen. —

Der Albanienhauptling Isha Pashetina bezieht auf Auslieferung des Mörders des Mollah Pascha, der bekanntlich auf Befehl des Gendarmeriekapitans Zaim von dessen Anhängern ermordet wurde.

Amerika.

Anarchistenbill — Philippinenvrieg. New York, 25. März. In Bundesrat ist der Gesetzentwurf gegen das „Anodlaufen“, welches den Titel führt „Gesetz zum Schutz des Präsidenten“, mit 52 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Dasselbe setzt Todesstrafe auf Mordversuch gegen den Präsidenten, Vizepräsidenten oder

irgend eine andre zur Nachfolge in der Präsidentschaft berechnete Person, sowie gegen Regierungschäpfer anderer Länder, und bestimmt ferner, daß aus der regulären Armee eine ständige „Schutztruppe“ für den Präsidenten gestellt werde. — Es haben also aus dieser Bestimmung der „weissen Männer des Landes“ (aus welchen nach Ansicht der Führer unserer „Republik“ die Mitglieder des Oberhauses der Bundeslegislatur bestehen sollten, weshalb sie deren Erwählung durch die Legislaturen der Einzelstaaten, statt direkt durch das Volk bestimmten) nur fünfzehn davor Ehen gehabt, als Idioten betrachtet zu werden. Die übrigen können jetzt auch gleich daran gehen, Ausnahmestricke gegen Hogeislag, Fitzgerald und Cleve zu schaffen — sie würden ihrer Reputation dadurch auch nicht weiter schaden.

Was die Gesetzentwürfe gleicher Art betrifft, die in den Legislaturen diverser Einzelstaaten zur Vorlage gelangten, so gebührt New York die Ehre, das erste „Anti-Annunzio“-Gesetz geschaffen zu haben. Dessen Hauptbestimmung ist die Festlegung der Strafe für Mordverbrechen gegen den Präsidenten auf 25 Jahre, während jenes Verbrechen, gegen Nicht-Präsidenten verübt, mit Strafe bis zu 10 Jahren geahndet wird. — Inzwischen Amoskläufer haben sich also, wenn ihnen „ihre Leben lieb ist“, davor zu hüten, von ihrem Kappel im District of Columbia besessen zu werden; sie müssen sich als Schaulaplag ihrer Thaten derartige Staaten auswählen, welche gleich New York bei mifglückter „Annunzio“ wenigstens „das Leben garantieren“.

Auf den Philippinen wird gegenwärtig ein Offizier der regulären Armee wegen „ungewöhnlicher Grausamkeit“ gegenüber den Eingeborenen prozessiert. Derselbe hatte u. a. einen Philippinos, von dem er Bestandnisse über den Aufenthalt von „Aufsurgenten“ und Waffen erpressen wollte, an einen Baum binden lassen und ihn als „ersten Grad“ der Tortur eine Kugel in den Arm geschossen; am nächsten Tag applizierte er ihm eine solche ins Bein, am dritten in das dicke Fleisch des Körpers, und am vierten machte er ihm den Garans durch einen Schuß in den Unterleib. Es hat übrigens allen Anschein, daß die Verteilung mit der Vorführung des „Tropenkollektors“ Erfolg haben und die Weste frei ausgehen wird.

Partei-Nachrichten.

Die Kolporteurs des „Hamburger Echo“ haben den Antrag gestellt, die für den 1. Mai fällige Nummer des „Echo“ nicht an diesem Tage, sondern erst am 2. Mai ausstragen zu dürfen, damit auch sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern könnten. Eine kombinierte Versammlung der sozialdemokratischen Vereine für die drei Hamburger Wahlkreise befaßte sich mit diesem Antrage und lehnte ihn gegen 20 Stimmen ab. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß dann auch den Musikern, Kellnern, Personen-Transportarbeitern u. d. Arbeitsruhe gewährt werden müßte, was unmöglich sei. Unsere Genossen könnten auch nicht auf die gewohnte und am 1. Mai besonders bedeutsame Lesart verzichten und schließlich hätten ja doch die Kolporteurs den 2. Mai bei voller Bezahlung ganz frei.

Totenliste der Partei. In Dortmund starb der Konteur T. H. Quade. Er war unter dem Socialistengesetz einer der Wenigen in Dortmund, die stets auf dem Plage waren, wenn es galt, dem Feinde ein Schnippen zu schlagen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen Verleumdung des Cigarrenfabrikanten Die in Schwegun wurde am Sonnabend von dem Schöffengericht zu Dresden Redakteur Gen. Niem von der „Sächsischen Arb.-Ztg.“ zu 150 M. Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Interessant ist bei der Sache, daß Die früher ein bekannter Anhänger unserer Partei war, jetzt aber so weit geht, seinen Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Organisation zu verbieten. Er läßt einen Vertrag unterschreiben — und dieser wurde dem Gericht vorgelegt —, nach dem der Einzustellende der Organisation der Tabakarbeiter nicht angehören darf. In der infamisierten Notiz war außerdem behauptet worden, Die habe eine seiner Arbeiterinnen aus ihrer in der Fabrik befindlichen Wohnung mit ihren Kindern ausgeperrt und diese habe deshalb im Spritzenbause übernachten müssen. Auch dies wurde erwiesen. Die entschuldigend sein Vorgehen damit, daß ihm von der Amstuhauptmannschaft angetragen sei, ein Konlaboratsverhältnis, in dem die herausgesetzte Frau mit einem Cigarrenmacher leben soll, in seiner Fabrik nicht zu dulden. Er habe diesen amstuhauptmannschaftlichen Befehl nicht anders ausführen können als durch Ausperrung der Frau — während ihrer zeitweiligen Entfernung verstopfte der Mann das Schlüsselloch. — Mit Recht wurde dem Genossen Niem darauf verwiesen, daß es sicher noch andre Mittel gebe. Es sei bedauerndwert, wenn ein ehemaliger Socialdemokrat in einer solchen Weise seine Arbeiter behandle. Obgleich also die Behauptungen des Arttells als der Wahrheit entsprechend erwiesen wurden, erfolgte die Verurteilung. Dies Verhalten sei vollständig korrekt gewesen. Es sei nicht erwiesen, daß er von seinen Arbeitern den Austritt aus der Organisation fordere; er nehme nur keine organisierten Arbeiter an. Auf die Frage des Genossen Niem, ob er einen einzigen organisierten Arbeiter beschäftige, mußte Die zugestehen, daß das nicht der Fall sei; er hätte das nicht nötig; es böten sich genug Unorganisierte an. — Verurteilung wird natürlich eingeleitet werden. Feigen, die beweisen können, daß Die den Austritt aus der Organisation gefordert hat, mögen ihre Adresse an Genossen Niem, Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, einsenden.

Aus Industrie und Handel.

Der deutsche Arbeitsmarkt wird zu Beginn des Frühjahrs mit neuem und starkem Angebot belastet. Auf der einen Seite strömt die schulentlassene Jugend in Hunderttausenden in die Fabriken und Werkstätten ein, auf der andern Seite beginnt an den östlichen und südlichen Grenzen der Zustuß ausländischer Arbeitskräfte. Namentlich von Italien her ist der Zustuß in diesem Frühjahr stark. Im Durchschnitt kommen über den Bodensee gegenwärtig zwischen 400 und 700 Mann täglich nach Deutschland. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage muß eine solche Zunahme der Beschäftigungssuchenden eine unangenehme Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben, wenn nicht gleichzeitig der Beschäftigungsgrad sich hebt. Dies ist aber in letzter Zeit nicht der Fall gewesen. Im Vergleich gab es in der Woche vor Ostern so viele Feierlichkeiten, daß auf vielen Fabriken, z. B. auf Graf Borsch, in der ganzen Woche überhaupt nur drei Schichten verfahren wurden. Die Metallgewerbe haben eine abnormale Zunahme der Arbeitslosigkeit zu konstatieren. Die Lage auf dem amerikanischen Eisenmarkt ist gespannt, da jetzt dort, wie vor 1 1/2 Jahren in Deutschland, der Eisenbedarf stark überschätzt worden ist, und die gemachten Bestellungen mit dem thalaktischen Bedarf verwechselt wurden. Der Bergarbeiter-Anstand in Pennsylvanien, an dem sich schon 10 000 Grubenarbeiter beteiligen, kam den Anlaß zu einer Erörterung des in lebhaftester Tätigkeit stehenden Wirtschaftsorganismus der Vereinigten Staaten geben. Gegen das Verbot des mit Vorläure behandelten Fleisches droht die amerikanische Regierung mit Gegenmaßnahmen, die das deutsche Brauereiwesen und Fleischererzeugung, den Weinhandel und die Spielwaren-Industrie in hohem Maße schädigen würden.

Die einflussreichen Personen der amerikanischen Industrie haben nach allen Richtungen den Markt sondiert, um bei dem zu erwartenden Niedergang der Geschäftslage ihre Maßnahmen zu treffen. Nach der Richtung zielen die Verträge mit den Schiffahrtsgesellschaften und sicherlich gehört die Reise des Herrn Schaub, des technischen Leiters des amerikanischen Stahlwerks, nach zu einer Beratungsfahrt, vielmehr galt sie einer Sondierung der europäischen Marktverhältnisse. Wie jetzt erst bekannt wird, hat Herr Schaub bei seinem Hiersein auch mit dem Unternehmer des großen Schweizer Stahlwerkes, dem Herrn Krupp, konferiert. Man traf sich

in Monte Carlo, wahrscheinlich um nicht die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Mit dem Prosperieren des amerikanischen Marktes hängt die Geschäftslage des hiesigen Eisengewerbes eng zusammen und die Krise würde mit erneuter Heftigkeit einziehen, wenn wir dieses Absatzgebiet verlieren und in andern von der Konkurrenz zurückgedrängt werden. Damit würde sich dann die Lage des Arbeitsmarktes abermals unter dem Zustrom überflüssiger Arbeitskräfte weiter ungünstig gestalten.

Der Konkursbericht der Leipziger Bank über die Verwaltung und Verwertung der Masse in der Zeit von der Konkurs-eröffnung bis zum 15. Februar d. J. weist einen Restbestand von 6 806 358,58 M. auf. Der Bericht erwähnt, daß bei der Konkurs-eröffnung in Verwahrung der Bank fremde Wertpapiere in nominalen Beträgen von 270 778 070 M. waren, deren Auslieferung in geordneter Reihenfolge stattgefunden hat. Die Einnahmen betrafen sich auf 34 076 616,83 M., die Ausgaben auf 27 180 258,25, die Massekosten auf 216 061,94, die Masseverbindlichkeiten auf 4 075 069,92 M. Bei der ersten Abschlagsverteilung waren insgesamt 76 355 188,02 M. zu berücksichtigen; zur Auszahlung gelangten 21 980 126,89 M. Die Konkursverwaltung schätzt die Einnahmen aus den noch vorhandenen Vermögensobjekten der Konkursmasse auf insgesamt 25 258 000 M. bis 32 100 000 M. Unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse glaubt die Konkursverwaltung die Gesamtdividende für die nichtverordneten Gläubiger auf nicht weniger als 60 und nicht mehr als 65 Proz. schätzen zu dürfen, so daß nach 30 bis 35 Proz. zur Verteilung gelangen werden.

Die Diskontogewellschaft hat in der Generalversammlung der Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen beschlossen. Die neuen Kommanditanteile werden zum Kurse von 100 den bisherigen Kommanditanteilen angeboten.

Für Eisenbahn-Bauten und außerordentliche Verdienste der Eisenbahn-Verwaltung wird am 10. April die Subskription auf nominal 14 Millionen Mark 3-prozentiger wärtenbergischer Staats-Schuldverschreibung bei den damit beauftragten Bankfirmen in Stuttgart, Frankfurt a. M. und Darmstadt zum Subskriptionspreise von 100,15 zuzüglich 3/2 Proz. Stückzinsen vom 1. April 1902 ab aufgelegt.

Allgemeine Erhöhung der Passagierpreise für atlantische Fahrten. War die englische Decker-Linie hat sich von den Minimumpreisen für Salonpassagiere transatlantischer Linien ausgeschlossen. Die Cunard Company trat erst dann bei, als die Dominion-Linie versprach, ihre Sonabendfahrten nach Boston einzustellen. Die dazu in Aussicht genommenen Dampfer werden in Zukunft Liverpool Donnerstags verlassen. Ein Resultat des Abkommens wird darin bestehen, daß die Einnahmen der Gesellschaften steigen werden, weil man die Sommerpreise, die für die Gesellschaften eine große Rolle spielen, erhöhen wird. Die erschlafften Dampfer werden dadurch ihren Eigentümern mehr einbringen. Obgleich noch nicht alle englischen und sonstigen Gesellschaften unterzeichnet haben, werden die nachfolgenden Dampferlinien zu den angegebenen Bedingungen beitreten: Allan Line, Allan State Line, American Line, Anchor Line, Atlantic Transport Line, Cunard Line, Dominion Line, Leyland Line, Generale Transatlantique, Hamburg-Amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Norddeutscher Lloyd, Red Star Line und die holländisch-amerikanische Linie.

Der „Seeger“ in New York geschaffenen „Interessengemeinschaft“ beginnt bereits, sich sichtbar zu machen.

Die Gründung einer Gesellschaft für drahtlose Telegraphie ist von der Morgangruppe unternommen. Zu dem Zweck wurden die Patentrechte der Marconi-Gesellschaft für Amerika mit 25 Millionen Mark Kapital angekauft. Marconi persönlich erhielt 2 Millionen Mark bar und einen Teil der Aktien. Die Morgangruppe ündigt an, sie werde Keywest, bekanntlich den südlichsten Hafen Floridas, mit Havana sowie Havana und Keywest mit Portorico, ferner Alaska und die Philippinen, San Francisco und Hawaii und Hawaii und Manila durch Marconi-Stationen verbinden und habe dafür das Monopol erworben.

Neunte Generalversammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher.

München, den 4. April 1902.

Nach äußerst reger Diskussion und dem Schlusswort der beiden Referenten wurden die Anträge des Vorstandes auf obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung in uamentlicher Abstimmung erledigt.

Die obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung wurde mit 29 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Die Arbeitslosen-Unterstützung allein wurde mit 46 gegen 7 Stimmen, die obligatorische Einführung der Kranken-Unterstützung mit 33 gegen 20 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Dagegen wurde ein Antrag auf Urabstimmung für beide Institutionen vor der nächsten Generalversammlung einstimmig angenommen. Damit sind sämtliche diesbezügliche Anträge erledigt.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: Ausgestaltung der Agitationskommission bezw. Anstellung besoldeter Bezirksbeamten referierte Haupt-Bezirksbeamter Magdeburg. Beschlossen wurde, nach Bedarf Bezirksbeamte anzustellen und sie aus der Hauptkasse zu besolden. Damit sind alle Anträge bez. die Agitationskommissionen bez. Bezirksbeamte erledigt. — Der österreichischen Bruderorganisation wird zur Agitation ein Beitrag von 800 M. überwiesen.

Beim 6. Punkt der Tagesordnung: Die Bedeutung der Tarifgemeinschaft für den Verein Deutscher Schuhmacher begründete Vord folgende Resolution:

„Die in dem Verein Deutscher Schuhmacher organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen halten an der Auffassung der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Tarifgemeinschaft für die Schuh- und Schäfte-Industrie, wie für das Schuhmachergewerbe fest und verpflichten sich, mit aller Energie für die Einführung derselben zu wirken. Die Tarifgemeinschaft besteht in Deutschland schon für eine ganze Reihe von Gewerben, und in Australien, England und einem Teil Nordamerikas ist dieselbe auch für die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeführt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Vorteile der Tarifgemeinschaft öffentlich kundgegeben und durch die Thatfachen die kurzen und oberflächlichen Einwendungen der Segner widerlegt. Diese günstigen Erfahrungen gehen uns den Mut auszuhalten, in diesem Kampfe, bis der Mangel sozialpolitischer und wirtschaftlicher Kenntnis über die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung der besseren Einsicht bei dem größten Teil unserer Arbeitgeber gewichen ist. Das beste Mittel, die Tarifgemeinschaft zu fördern, ist eine starke, materiell fundierte Gewerkschaft, weshalb es die Pflicht eines jeden in der Schuhindustrie und dem Gewerbe tätigen Arbeiters und Arbeiterin ist, dem Verein deutscher Schuhmacher beizutreten.“

Auf Antrag der Beschwerdekommision wird der Witwe des verstorbenen Hilfsbeamten Knyast eine Unterstützung von 100 M. zugewiesen. Ferner wurden folgende Anträge angenommen:

Die Anstellung der Bezirksbeamten erfolgt zunächst auf 1 Jahr auf Probe. Das Anfangsgehalt beträgt 1500, nach bestandener Probezeit 1000 M. jährlich und steigt dann jedes Jahr um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2000 M. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung nach den diesbezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung genaue Anstellungsbedingungen vorzulegen.

Pensionierung: Die Generalversammlung wolle beschließen: Die fest besoldeten Beamten des Vereins nach den vom Gewerkschafts-Vorstand genehmigten Bedingungen der in Aussicht genommenen Pensionierung zu versichern mit der Maßgabe, daß die Vereinskasse die Hälfte der Beiträge zahlt, während die andere Hälfte der Beiträge selbst zu tragen hat. Gleichzeitig wird empfohlen, bei dem Gewerkschafts-Vorstand zu beantragen, den § 4 des Entwurfs der Generalkommission betreffend Pensionierung der Ge-

werkschaftsbeamten hinzuzufügen: Nach vollendetem 60. Lebensjahre, sofern der Versicherte darauf anträgt und dies von dem Vorstand seiner Organisation befürwortet und befehligt wird, daß der Antragsteller zur Ausübung seiner ihm obliegenden Pflichten nicht mehr fähig ist.

Einstimmig und ohne Debatte beschloß die Generalversammlung ferner: Unter Anerkennung der großen Verdienste, welche sich Kollege Siebert während seiner langjährigen Tätigkeit in der Organisation für dieselbe erworben hat, ihm infolge seiner zerstückelten Gesundheitsverhältnisse ein Ruhegehalt von jährlich 1200 M. zuzusprechen mit dem Wunsch, daß, wenn es der Zustand des Kollegen Siebert gestattet, er auch ferner der Organisation seine Dienste widmen möge.

Siebert verspricht, den letzten Wunsch, so weit ihm dies möglich, zu erfüllen.

Die Diäten für die Delegierten wurden von der General-Versammlung auf 10 M. festgesetzt.

Hierauf wurden eine Reihe von Statutenänderungen vorgenommen. Der Antrag des Vorstandes, Mitglieder ausländischer Berufsorganisationen, die in Deutschland in Arbeit treten und deren Bücher in Ordnung sind, ohne Eintrittsgeld aufzunehmen, die in ihren Organisationen bezahlten Beiträge und bezogenen Unterstützungen in Kurrechnung zu bringen, wurde angenommen.

Abgelehnt wurde der Antrag der bayrischen Konferenz, Redaktion und Expedition des Schuhmacher-Zustellens mit der Central-Verwaltung an einen Ort zu verlegen. Als Redakteur wurde Vord wiedergewählt.

Angenommen wurde ein Antrag, den Beamten einen jährlichen 14-tägigen Urlaub zu gewähren und den Vorstand zu ermächtigen, nach Bedarf eine Dislokation anzustellen. Zum Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart wurden sechs Delegierte gewählt und gingen aus der Wahl folgende hervor: Simon-Kirchberg, Boguski-Wölln, Weise-Weihenfeld, Haupt-Magdeburg, Göller-Frankfurt und Herrmann-Berlin. Der bisherige Vorstand mit Simon als Vorsitzendem, Reuß als Kassierer und Külle als Sekretär wurden per Akklamation wiedergewählt.

Nach Erledigung einiger Beschlüsse widmete der Vorsitzende Simon dem verstorbenen Hilfsbeamten Knyast einen ehrenden Nachruf und schloß dann, nachdem der österreichische Delegierte Möller-Bien an die Versammlung noch einige Abschiedsworte gerichtet, mit einem Hoch auf die Schuhmacherbewegung die neunte Generalversammlung.

General-Versammlungen schweizerischer Gewerkschafts-Verbände.

Die Veröffentlichung der Verhandlungsberichte erfolgt sehr schleppe, so daß sie erst zum Teil vorliegen. Am bedeutendsten war der Verbandstag der Metallarbeiter, dem auch Schliche-Stuttgart, der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, beivohnte und der den schweizerischen Metallarbeitern die Größe ihrer deutschen Kollegen überbrachte. Erschienen waren 76 Delegierte aus 58 Sektionen mit 3581 Mitgliedern, während deren der Verband 4100 zählt, erheblich weniger als 1900, worin sich die verheerenden Wirkungen der Krise in der Metall- und Maschinenindustrie bekunden. Aus dem Berichte des Centralvorstandes, in dem auch eine Uebersicht über die Lohn- und Streikbewegungen gegeben wurde, erwähnen wir, daß der Centralvorstand in 60 Fällen Vertreter entsandte, 22 Agitations-versammlungen veranstaltete, 77 Gesuche betreffend Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung, 18 Gesuche zur Unterstützung von Genossinnen und 12 Rechtschutzgesuche für 49 Personen u. behandelte. Der Kassenbericht bilanziert mit 27 463 Fr. in Einnahmen und Ausgaben; von den letzteren entfallen 2057 Fr. auf Reiseunterstützung, 1240 Fr. auf außerordentliche Unterstützung, 5412 Fr. für Unterstützung von Streiks und Genossinnen, 1414 Fr. für Rechtschutz. Zwei wichtige Beschlüsse faßte die Generalversammlung der Metallarbeiter, nämlich mit 60 gegen 14 Stimmen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und mit 59 gegen 9 Stimmen die Herausgabe eines eignen Verbandsorgans unter dem Titel „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“, die 14-tägig erscheinen soll. Das Eintrittsgeld wurde auf 50 Cts. für männliche und 25 Cts. für weibliche Mitglieder festgesetzt, der wöchentliche Beitrag pro Mitglied an die Central-kasse auf 30 Cts. erhöht. Als Vorort wurde wiederum Bern bestimmt.

Die Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes war von 27 Delegierten aus 20 Sektionen mit ca. 1400 Mitgliedern besucht. Der Verband hat unter dem schädlichen Einfluß der Krise ca. 1000 Mitglieder verloren. Von der ausgezählten Reise-Unterstützung erhielt 968 Fr. die Mitglieder des schweizerischen und 2013 Fr. die Mitglieder des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, letztere also mehr als noch einmal so viel wie die ersteren. Von den ausgegebenen 1000 französischen Francsogen sind nur etwa 100 wieder an den Vorstand zurückgeschickt worden. Beschlossen wurde, nach dem Vorbild des deutschen Holzarbeiter-Verbandes einen Industrieverband anzustreben durch Verknüpfung der verwandten Berufsverbände. Als Vorort wurde Basel bestimmt.

Die Arbeiterunion schweizerischer Transport-anstalten hielt ihre Generalversammlung in Bellinzona ab. Dieselbe war von 75 Delegierten aus 23 Sektionen besucht. Beschlossen wurde die fernere Benennung des Luzerner „Demokrat“ als Publikationsorgan, die Ueberweisung der Revision der Statuten der Sieberkasse an den Centralvorstand zur Vorbereitung, die Ueberweisung der Einführung des Rechtschutzes, des Eintritts in den Gewerkschaftsverband und der Gründung eines Centralverbandes eidgenössischer Angehöriger. Eine bestellte neungliedrige Kommission erhielt den Auftrag, ein Lohnregulativ anzufertigen und dasselbe der Generaldirektion der Bundesbahnen einzurichten. Als Vorort wurde St. Gallen gewählt. Au Regierungsrat Curti in St. Gallen wurde ein Sympathieprogramm geschickt.

Eine in Bern abgehaltene Typographenkonferenz, woran Vertreter aus der weissen und der deutschen Schweiz teilnahmen, stellte den Segmalentarif fertig und beschloß eine Eingabe an die Prinzipale betreffend die endliche Fertigstellung des längst verprochenen Lohnregulativs. Die Vertreter der Organisationen der in graphischen Gewerben beschäftigten Hilfsarbeiter beschloßen die Gründung eines centralen Arbeitsnachweises und Einführung einer Krankenkasse. Provisorischer Vorort ist Bern.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Konferenz von Vertretern der Organisationen der Nahrungs- und Genussmittel-Branchen trat am 4. April abends im hiesigen Gewerkschaftshause zusammen. Es sollte versucht werden, eine Basis für ein event. gemeinschaftliches Vorgehen resp. Zusammenarbeiten zu erörtern. Es waren vertreten die Organisationen der Bäcker, Brauereihilfsarbeiter, Konditoren, Müller und Tabakarbeiter. Nach sehr gründlicher Aussprache wurde nachstehender Beschluß einstimmig gefaßt: Indem die heute anwesenden Vertreter der Nahrungs- und Genussmittel-Organisationen anerkennen, daß ein engeres Zusammenarbeiten dieser Branchen äußerst wünschenswert ist, wird z. B. doch von weiteren Konferenzen abgesehen; es bleibt den einzelnen Organisationen überlassen, bei ihnen wichtig genug erscheinenden Anlässen aus sich selbst heraus entsprechende Einladungen zu lassen und sind die resp. Verwaltungen verpflichtet, diesen Folge zu leisten.

Achtung, Dachdecker! Da es in der Firma Reumeyer zu ernstlichen Differenzen gekommen ist, werden die Kollegen dringend ersucht, die Firma bis auf weiteres zu meiden. Die Agitationskommission.

Achtung, Metallarbeiter! Seitens des Ingenieurs Barth, Wasserstraße, werden Arbeitkräfte nach der Fabrik von Altmann, Marienfelde, geschickt. Wir ersuchen alle Kollegen, denen derartige Angebote gemacht sind, sich bei uns zu melden, damit wir die Handlungsweise des Herrn Barth öffentlich brandmarken können.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Das Gewerkschaftsstatut in Halle hat jetzt zum erstenmal nach einem Vierteljahr wieder eine Sitzung abhalten können, welche nicht durch polizeiliches Eingreifen gestört wurde. Warum geht es nun auf einmal?

350 Bergarbeiter in Nieder-Lichtenau bei Lauban (Schlesien) haben durch einen kurzen Streik eine Reihe von Zugeständnissen seitens der Verwaltung erzielt.

Die Dresdener Stuccateure haben ihre Forderungen in allen bis auf vier kleine Geschäfte durchgesetzt und insolgedessen den Streik für beendet erklärt. Die Zünfte hat sich in den Verhandlungen sehr entgegenkommend verhalten.

Der Seidenweberstreik in Rheinfelden dauert noch immer fort. Es sind von den 115 vor 10 Wochen in den Streik eingetretenen Webern ungefähr 45 abgereist, 7 sind Streikbrecher geworden, so daß zur Zeit noch etwa 65 Personen mit 26 Kindern in Betracht kommen, die unterstützt werden müssen.

Ausland.

Das internationale Komitee der Vergleute hat dieser Tage in Dover (England) eine Sitzung abgehalten. Vertreten waren England, Frankreich, Belgien, die deutschen Delegierten fehlten. Zweck der Zusammenkunft war die Festlegung der Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses. Die Anträge der verschiedenen Länder beziehentlich der Tagesordnung decken sich fast, sie beziehen sich auf den Achtstundentag, die Pensionsklassen, Unfallversicherung, Lohnminimum usw. Von den Deutschen lag der Antrag vor, den nächsten Kongress in Düsseldorf abzuhalten; es wurde beschlossen, denselben am 19. Mai in Düsseldorf zu eröffnen.

Die Arbeiter der dänischen Gasanstalten in Kopenhagen hatten vor einigen Tagen beschlossen, am 9. April die Arbeit niederzulegen, weil sie mit ihren Klagen über verdrängte Wohnstätten und Vorwissen vom Magistrat abgewiesen worden waren. Jetzt hat sich jedoch der Dänische Arbeitsmanns-Verband, die Centralorganisation, der die Beleuchtungsarbeiter angehören, der Sache angenommen und nun hat sich der Magistrat zu verhandeln bereit erklärt, so daß es wahrscheinlich nicht zum Streik kommt.

Die Lohnbewegung der Wäcker in Christiania. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien haben zu dem Beschluß geführt, den alten Tarif, mit einigen Zusatzbestimmungen, durch welche die Lohnsätze jedoch nicht berührt werden, wieder zu erneuern. Dieser Beschluß wird nun in den nächsten Tagen den beiderseitigen Organisationen zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden.

Der norwegische Säge- und Hobelwerkarbeiter-Verband, der in fünf Mitgliedstaaten insgesamt ca. 500 Mitglieder zählt, hat dieser Tage zu Lilleström seinen Verbandstag abgehalten und beschlossen, den Verband aufzulösen und die Mitgliedstaaten vom 1. Mai ab dem Norwegischen Arbeitsmanns-Verband anzuschließen.

Arbeiterbewegung in Spanien. Die Arbeiterinnen der Cigarrenfabrik in Madrid hielten eine Versammlung ab, in der man sich für allgemeinen Ausbruch aussprach. In Ojón fand eine Versammlung der Fabrikanten statt, in welcher heftige Reden gehalten wurden. Es bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern, die im Verlaufe der Versammlung zu Thätlichkeiten führten.

Rechenschaftsbericht der Berliner Gewerkschaftskommission.

In einer ziemlich umfangreichen Broschüre berichtet die Berliner Gewerkschaftskommission über ihre Thätigkeit im Jahre 1901. Einleitend enthält der Bericht eine Schilderung der allgemeinen Geschäftslage, der sich dann die Besprechung der Lohnläufe und inneren Angelegenheiten der einzelnen Gewerkschaften anschließt. Die Geschäftstätigkeit des Bureaus war eine sehr ausgedehnte, die Auskünfte, die in Bezug auf Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherung, sowie Gewerbe- und Gewerbe-Ordnung und Zivilsachen erteilt wurden, erreichten gegen das Vorjahr die doppelte Zahl. 1618 Personen nahmen auf diesem Gebiete die Hilfe des Bureaus in Anspruch, außerdem wurden an 6000 Personen Auskünfte über Fragen untergeordneter Natur erteilt.

Die Korrespondenz des Bureaus war eine sehr umfangreiche; es wurden expediert Briefe und Karten 11 504, 58 Geldsendungen, Eingegangen sind Briefe und Karten 4200, Druckfachen 1408, Geldsendungen 1510.

In Bezug auf die Gewerbe-Inspektion nahm das Bureau in 25 Fällen Beschwerden entgegen, von denen circa zehn die Zustände in der Konfektion betrafen. Die Beschwerden wurden den zuständigen Inspektionen überwiesen und ist auch, so weit dem Bureau Mitteilungen gemacht wurden, revidiert und Abhilfe geschaffen. Außerdem hat die Beschwerdekommision der Frauen in 24 Fällen Beschwerden entgegengenommen und den zuständigen Stellen mitgeteilt. Auch hier sind es namentlich die Konfektionsarbeiterinnen, welche Beschwerden über die Arbeitsstätten bringen. So wird in einer Arbeitstube für mechanische Sticker zum Aufpassen der Strickerzeugnisse eine Mischung von Weisweiß, Kalkpulver und Kreide benutzt. Diese Mischung staubt derartig stark, daß, wenn das Aufpassen geschieht, auf den Stoffen z. B. eine dicke weiße Staubschicht liegt. Weisweiß ist nun aber außer gesundheitsschädlich, und wurden so die Mädchen durch Einatmen des giftigen Staubes der Weisweißung in hohem Maße ausgesetzt. — Die meisten Beschwerden richten sich gegen die oftmals geradezu skandalösen Zustände der Koffetten.

Erwähnt sei noch, daß die Frauenkommission eine rührige Thätigkeit unter den in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen entfaltet. Wenn auch langsam, so ringt sich der Gewerbe für bessere Arbeitsbedingungen auch bei den Frauen immer mehr durch.

Nach der statistischen Zusammenstellung zählen die 73 Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, 98 562 Mitglieder, gegen das Vorjahr ist ein Rückgang von 806 zu verzeichnen. Die Berliner Gewerkschaften haben sich somit trotz der gerade für Berlin sehr ungünstigen Arbeitsverhältnisse auf der Höhe ihrer Mitgliederzahl gehalten. Beachtenswert ist es, daß die Metallarbeiter und Holzarbeiter, die wohl am schwersten von der Krise betroffen wurden, einen Mitgliederzuwachs aufweisen. Die Metallarbeiter stiegen von 20 000 auf 22 374 und die Holzarbeiter von 12 000 auf 13 000 Mitglieder.

Der Kassendebit der Kommission schließt in Einnahme und Ausgabe mit 115 062,80 M. Für Unterstützung für Streiks wurden aufgebracht: für die Weber in Calais 8197,55 M., für Glas- und Porzellanmacher in Bernmenstein 1080 M., für die Glasarbeiter 56 795,40 M., für die Tabakarbeiter in Nordhausen 7634,19 M., für die Bauarbeiter 1525,75 M. und für die Cunevalder Weber 699,65 M., für die Schuhmacher 8966,80 M.

In seinem sozialpolitischen Teil enthält der Bericht eine kritische Betrachtung der Stellung der Vertrauensräte zu Berufsgenossenschaften und der Vermittlungen auf dem Gebiete des Bauarbeiterstreikes. Zum Schluß ist das wichtige Material der Arbeitslosen-Zählung mit den ausführlichen Tabellen, wie sie der „Vorwärts“ seiner Zeit brachte, beigegeben und erläutert. Vielleicht läßt sich der Bericht im nächsten Jahre doch ergänzen, daß von den einzelnen Gewerkschaften die Einnahmen und Ausgaben tabellarisch geordnet wiedergegeben werden. Es fehlt bisher an einem Überblick über die finanzielle Leistung der Berliner Gewerkschaften.

Geriichts-Beitrag.

Eisenbahn-Höflichkeit. Ein Konflikt, den die Ueberfüllung der Stadt- und Ringbahnzüge mittelbar hervorgerufen hat,

beschäftigte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I in einer gegen den Postkellner Paul Feit gerichteten Klage wegen verlustiger Rötigung. Der Angeklagte hatte im vorigen Jahre ein unangenehmes Pfingstfestessen. Er hatte am 1. Pfingstfesttag mit seiner gesamten Familie, Jung und Alt, einen Ausflug gemacht, war abends bei der Heimkehr in Gundrumm auf die Ringbahn übergestiegen und hatte sich Fahrkarten zu 10 Pf. zur Fahrt bis zur Station Centralviehhof gelöst. Der Verlust war an jenem Tage sehr groß und die Wagenabteile waren überfüllt. Als der Zug am Centralviehhof hielt, vermachte sich die Familie Feit nicht schnell genug herauszuwinden. Der 78 Jahre alte Schwiegervater kam glücklicherweise auf dem Bahnsteig, die ihm folgende Frau des Angeklagten gelangte aber nur noch bis zum Trittbrett, als das Signal zum Weiterfahren gegeben, die Thür zugeworfen wurde und die Frau in das Abteil zurückverfetzt. Die ganze Familie Feit mußte auf diese Weise, wider ihren Willen bis zur Station Frankfurter Allee mitfahren. Dort ergaben sich neue Schwierigkeiten, denn die Tour Gundrumm-Frankfurter Allee kostet nicht 10 Pf., sondern 20 Pf. Als der Angeklagte dem diensthabenden Beamten Salomon sein Mißgeschick klagte und verlangte, daß er mit dem nächsten Zuge zurückfahren oder aber auf seine unzureichende Fahrkarte den Bahnsteig verlassen dürfe, fand er keinerlei Gegenliebe. Der Beamte soll nach der Behauptung des Angeklagten und seiner Angehörigen sofort gesagt haben: „Sie können uns viel erzählen, die Gegenpartei verbleibt aber dabei. Der Angeklagte will darauf empört erwidern haben: „Wie kommen Sie dazu, mich hier als Betrüger hinzustellen?“ Es kam zu lebhaftem Wortwechsel; der Angeklagte verlangte wiederholt, ohne weiteres zurückfahren zu können, der Beamte — der inzwischen auf telephonische Anträge von der Station Central-Viehhof die Antwort erhalten, daß der Zug dort vorrückensmäßig gehalten habe — verwehrte ihm das Bestehen des nächsten Zuges und auch den Ausgang und verlangte kategorisch die Nachlösung einer Fahrkarte von 10 Pf. Die Geisteskräfte wurden erschöpft. Plötzlich soll der Beamte Salomon — nach dem von diesem entschieden bestrittenen Zeugnis eines Thürschliebers der Eisenbahn und eines Zeugen aus dem Publikum — dem Angeklagten einen Stoß vor die Brust gegeben haben, so daß dieser zurücktaumelte und beinahe auf eine Bank gefallen wäre. Darauf hob dieser seinen Spazierstock in die Höhe und drohte dem Beamten über den Kopf zu schlagen, falls er ihn noch einmal anfassen würde. Nun entriß der Beamte dem Angeklagten den Stock und zerbrach ihn. Der Angeklagte wollte sich nun Zuschlagbilletts kaufen, der Beamte verweigerte dies aber und erklärte dem Angeklagten für seinen Arrestanten. So mußte denn dieser wohl oder übel auf dem Bahnsteig bleiben, bis ein Schuttmann herbeigezogen worden war, was eine geraume Zeit dauerte. Inzwischen fragte der Angeklagte den Beamten nach seinem Namen und da soll dieser ihm fälschlich den Namen Weise gegeben haben. Auch dies bestritt Herr Salomon entschieden, die Behauptung wurde jedoch durch die eidliche Belundung eines Zeugen unterstützt. Recht peinlich war die Art und Weise, wie sich der Zeuge Salomon und sein Untergebener, Thürschlieber Schrant, gegenübertraten. Der letztere beschuldigte den Zeugen, daß er als Diensthabender bei jeder Gelegenheit mit dem Publikum „Kraach“ mache und beständige durchaus, daß er den Angeklagten vor die Brust gestoßen und dabei gesagt habe: „Wenn Sie nicht hören wollen, so werde ich Ihnen zeigen, daß es Mittel und Wege gibt, um Sie zu zwingen!“ Herr Salomon trat den Behauptungen seines Untergebenen, dessen Aussage protokolliert wurde, sehr scharf entgegen und erklärte sie für einen Ausbruch der Rache. Herr Schrant hat übrigens genau dieselben Aussagen schon einmal bei einer gerichtlichen Vernehmung gemacht. Der bei dem Konflikt herbeigerufene Schuttmann erklärte auf Befragen des Vorstehenden, daß Herr Salomon dem Publikum gegenüber ziemlich schroff und kurz sei. Der Angeklagte hat nach dem Vorfall gegen den Beamten Salomon eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, Sachbeschädigung und Mißbrauchs der Amtsgewalt erstattet. Das Verfahren ist aber eingestellt und die dagegen erhobene Beschwerde erfolglos geblieben. Dagegen hatte sich nun Herr Feit wegen verlustiger Rötigung zu verantworten, da die Anlage von der durch die Beweisnahme nicht bekräftigten Ansicht ausging, daß der Angeklagte mit dem Stode gedroht habe, falls ihm nicht gestattet würde, den Zug zu besteigen.“ Staatsanwalt Graf Greyschmer beschränkte die Anlage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und beantragte 20 M. Geldstrafe, wogegen Rechtsanwalt Schachte II völlige Freisprechung für geboten hielt. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten der Verleumdung für schuldig, erklärte ihn aber für straffrei, da gegenseitige Verleumdung vorliege und auch der Beamte bei dem Vorfall keineswegs die wünschenswerte Ruhe bewahrt habe.

Der schon mehrfach angekündigte Prozeß gegen die „Harmlosen von Charlottenburg“ begann gestern unter der Firma „Vönlag und Genossen“ vor der II. Strafkammer des Landgerichts II. Die Anlage richtet sich gegen 18 Personen, die Verhandlung gegen 2 Personen, darunter gegen den Angeklagten Wönlag, mußte abgetrennt werden, weil ein Krankenattest eingelaufen war. Die Anlage nimmt an, daß der Barbier Joseph Stechowski, der Typsetzer Ernst Fredericksdorf, der Kleidermacher Franz Karpiński, der Kaufmann Karl Rehring, der Wäcker Johann Bilgel, der Wäcker Heinrich Wulf, der Essendirektor Wilhelm Ohme eine Art gewerbmäßiger Spielergenossenschaft gebildet und unter Leitung eines noch nicht ermittelten Spielers in den Jahren 1900 und 1901 in den Lokalen der angeklagten Charlottenburger Gastwirte häufig Glücksspiele veranstaltet haben. Wie werden das Ergebnis der Verhandlung unseren Lesern mitteilen.

Wie braucht ein Mitgliederverzeichnis gemäß § 2 des Vereinsgesetzes nicht anzusehen? Eine für alle Arbeitervereine wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Der Vorsitzende eines politischen Arbeitervereins, Wönlag, hatte der zuständigen Ortspolizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis eingereicht, worin die Mitglieder mit Vor- und Zunamen aufgeführt waren. Der Polizeiverwalter hielt dies nicht für ausreichend, sondern verlangte ein Verzeichnis mit Angaben über das Alter, ein neues Verzeichnis mit Altersangaben genügt dem Polizeiverwalter auch noch nicht. Er übersandte nunmehr dem Vorsitzenden ein Schema und verlangte, daß dieses bei der Aufführung der Mitglieder genau beachtet werde. Danach sollte das Alter der Mitglieder nicht schlichtweg, sondern Geburtsjahr und -tag angegeben werden. Letzteres hat der Vorstand des Vereins nicht, und zwar auch dann nicht, als der Vorsitzende bestrast und zweimal vergeblich zur Einreichung eines neuen Mitgliederverzeichnisses aufgefordert war. Die Angelegenheit brachte die drei Geldstrafen ein, welche von den Gerichten erster und zweiter Instanz aufrecht erhalten wurden. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hat nun jetzt Wönlag mit folgender Begründung freigesprochen: Es könne dahingestellt bleiben, ob der Verein eine Einweisung auf öffentliche Angelegenheiten überhaupt bezweckt, denn auf keinen Fall habe der Angeklagte den § 2 des Vereinsgesetzes übertreten. Der Verpflichtung, binnen drei Tagen ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, habe er durchaus genügt. Zur Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses nach einem bestimmten Schema und zur Angabe von Jahr und Tag der Geburt der Mitglieder in dem Verzeichnis verpflichtet § 2 des Vereinsgesetzes nicht die Vorstände von Vereinen im Sinne dieses Paragraphen. Es genüge vielmehr die Angabe von Namen und Wohnort, sowie in größeren Städten der Wohnung der Mitglieder. Nun könne allerdings die Polizei eine auf das Mitgliederverzeichnis und auf die Veränderungen im Mitgliederverzeichnis bezügliche Auskunft von den Vorstehern der fraglichen Vereine verlangen. Dieses Recht gebe aber nicht so weit, daß sie immer und immer wieder ein Verzeichnis verlangen könne, und noch dazu nach einem bestimmten Schema. Insbesondere könne sie es dann nicht, wenn es sich, wie hier, nicht darum handle, eine genaue

Auskunft über die Personen zu erlangen, deren Namen ein Schema zu erreichen, das augenscheinlich der Polizeiverwaltung die bequeme Abrufung und Unterbringung in den Akten ermöglichen sollte. Nach alledem rechtfertige sich die Freisprechung.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Stuccateurversammlung, die am Sonntag bei Busse, Grenadierstraße, tagte, befaßte sich mit dem Thema: „Die diesjährige Konjunktur und wie mühen wir dieselbe aus.“ Rösner, der das einleitende Referat hielt, sprach über die allgemeine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Stuccateure und wies darauf hin, daß die Freie Vereinigung, deren Mitglieder zu der Versammlung besonders eingeladen und zum Teil auch erschienen waren, auch nicht das erreicht habe, was sie hätte erreichen wollen, und daß der seiner Zeit angekommene Accordant von den Unternehmern nicht umgekehrt werde. Der Redner mahnt, den Zwiespalt in der Organisation durch Eintritt in den Centralverband zu beseitigen, um dann geschlossen auf eine Verbesserung der Verhältnisse hinarbeiten zu können. — Es folgte dann eine sehr eingehende Diskussion, in der unter anderem auf die ungeheuerliche Schmutzkonkurrenz hingewiesen wurde, die darauf schließen läßt, daß manche Unternehmer des Stuccateurgewerbes nicht im Stande sind, eine Arbeit richtig zu torieren. So reichten z. B. für die Arbeiten am Herrenhaus 13 Firmen Kostenschläge ein, von denen der höchste auf 23 000 Mark, der niedrigste auf 8000 M. berechnet war. — Die gegenwärtige Konjunktur wurde allgemein als eine nicht hervorragende gute, sondern nur als eine Durchschnittskonjunktur bezeichnet, so daß es angebracht sei, vor Zugung nach Berlin zu warnen. — Schließlich wurde folgende Resolution ohne Gegenstimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Berliner Stuccateure ist mit den Tendenzen des Centralverbandes vollständig einverstanden. Sie ist der Meinung, daß nur ein einheitliches Vorgehen gegen die Unternehmer von wirtschaftlichem Vorteil für die Arbeiter sein kann, mag das nun auf dem Boden der Lohn- oder der Accordarbeit sein. Sie beauftragt die Filiale des Centralverbandes, einen einheitlichen Boden des Kampfes zu schaffen. Bis dahin verpflichten sich alle Kollegen, welche noch nicht dem Verband angehören, diesem wieder beizutreten, denn nur ein vereintes Kampfen kann einen einheitlichen Erfolg versprechen. Die hier noch bestehende „Freie Vereinigung“ hat bis jetzt nicht gezeigt, daß ihr Tarif wirklich bezahlt wird; damit hat sie jegliche Berechtigung zu weiterer Existenz verwirrt. Sie ist keine Kampforganisation und ist daher vollständig zu ignorieren.“ — Darauf fand eine Diskussion über die diesjährige Waffeler statt. Der erste Mai soll wie bisher durch allgemeine Arbeitstriebe gefeiert werden; morgens 10 Uhr wird im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Stuccateur-Versammlung abgehalten.

Der Boeren-Krieg.

Die Friedensverhandlungen.

„Daily Mail“ berichtet, daß die Unterhandlungen in Südafrika noch fortdauern. Obwohl allem Anschein nach Stejn und De Wet die Bedingungen ablehnen, welche Schall Burger anzunehmen bereit ist, werden die Verhandlungen fortgesetzt und die Hoffnungen auf ein günstiges Resultat sind noch nicht ausgegeben.

Aus Kroonstad wird gemeldet: Obgleich Schall Burger sich fortwährend mit Stejn und Delarey bespricht, scheitern die Unterhandlungen nur langsam fort infolge der großen Entfernung, welche die Mitglieder der Transvaal-Regierung von einander trennt. Man glaubt, daß die Transvaal-Delegierten demnächst Kroonstad verlassen werden, um sich an einem Ort zu begeben, wo die Verhandlungen schneller geführt werden können.

Nach Meldungen aus Pretoria sind die Behauptungen Schall Burgers, die im Felde stehenden Boerenführer zur Annahme der Autonomie, anstatt der vollen Unmöglichkeit zu bewegen, resultatlos geblieben. Stejn, De Wet, Delarey und Botha lehnen jedes Kompromiß ab und bestehen auf völliger Unabhängigkeit.

Die „Daily Mail“ berichtet: Die Erörterungen zwischen Schall Burger und Präsident Stejn dauern fort.

Schall Burger schlägt Bedingungen vor, die für England annehmbar sind. Dem Vernehmen nach sind zwar Stejn und De Wet anderer Meinung als Schall Burger, jedoch betrachtet man in London die Lage immer noch als hoffnungsvoll.

Das Unterhaus trat am Montag nach den Osterferien wieder zusammen. Auf eine Anfrage erklärte Balfour, er könne keine Mitteilung hinsichtlich der Friedens-Verhandlungen machen.

Brüssel, 6. April. Entgegen den Meldungen des Londoner Kriegsdienstes heißt es in hiesigen Kreisen, daß die Engländer bei dem Gefecht bei Kratier wenigstens 250 Mann an Toten und Verwundeten gehabt haben.

London, 7. April. (W. T. B.) Rittener telegraphiert aus Pretoria: Nach den seit dem 31. März hier eingegangenen Meldungen der verschiedenen Truppenabteilungen sind 17 Boeren gefallen, 6 verwundet, 107 gefangen genommen und 31 haben sich ergeben. Freundschaften haben kein Geseht. Die im Westen der Kapkolonie stehenden Boeren haben sich nach Norden zurückgezogen. Ein kleines Boerenkommando aus den mittleren Distrikten der Kapkolonie ist auf Parlek East marschiert. Seit dem 31. März sind die in Westtransvaal operierenden britischen Truppenabteilungen nicht im Kampf gewesen. Der Boerenkommandant Erasmus ist bei Boschhof gefallen.

London, 7. April. (W. T. B.) Rittener telegraphiert aus Pretoria unter dem gestrigen Datum: Der Boerenkommandant Kratiger ist freigesprochen worden und wird als gewöhnlicher Kriegsgefangener behandelt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 7. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Schwurgericht verurteilte den 23-jährigen Zimmermeister Oschahr wegen Raubmordes an dem 53-jährigen Fräulein Diekmann zum Tode.

Dresden, 7. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der 74-jährige Schuhmacher Schoenerer wurde heute wegen Mord an 13 Schulmädchen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. 40 000 M. Lotteriegewinn wurden vor der Auszahlung zur Kostenbedeckung beschlagnahmt.

Dresden, 7. April. (W. T. B.) Zur Annahme des von Berlin seiner Zeit abgelehnten Paronischen Vermittlungsbeschlusses zur Errichtung eines nach vegetarischen Grundsätzen zu leitenden Kinderheims ist, wie der „Dresd. Gen.-Anz.“ meldet, für Dresden die Genehmigung des Königs erteilt worden.

Posen, 7. April. (W. T. B.) Hier herrscht ein ununterbrochenes Schneetreiben; die Straße liegt.

Krefeld, 7. April. (W. T. B.) Beim Ausschütten eines Gases wurde ein Gastwirt erstochen; der Täter, ein junger Barock, ist verhaftet.

Budapest, 7. April. (W. T. B.) Nach Meldungen der Blätter aus Rohacs lagte dort auf der Donau ein Fährboot um, auf dem sich mehrere Wagen befanden. Fünf Personen ertranken.

New York, 7. April. (W. T. B.) Aus Port au Prince wird telegraphiert: Revolutionäre legten sich am Sonntag in Besitz der Stadt Jacmel (Südweste von Haiti) und hielten sich dort 24 Stunden lang. Sie ließen die Gefangenen aus dem Gefängnis frei und zogen sich dann mit allen Waffen- und Munitionsvorräten, deren sie habhaft werden konnten, auf die benachbarten Hügel zurück. Bei dem Angriff auf die Stadt waren zwei Revolutionäre gefallen und eine Anzahl verwundet worden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein des sechsten Wahlkreises (Schönhauser Vorstadt) in Puhlmanns Wandervilla-Theater, Schönhauser-Allee 148, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Vorstand.

Wahlverein Groß-Lichterfelde. Mittwochabend 8 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104: Monats-Versammlung. Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß die regelmäßigen Vereinsversammlungen jeden Mittwoch vor dem 15. stattfinden. Die verzögerten Mitglieder wollen den Bezirksführern oder dem Kassierer Hermann Seiff, Chausseestr. 91, ihre jetzige Wohnung mitteilen. Jeden Sonntagabend nach dem 1. und 15. jeden Monats findet im obengenannten Lokal die Kassierung der Vereinsbeiträge statt, ebenso in jeder Mitglieder-Versammlung. Der Vorstand.

Der Wahlverein für Nowawes-Neuenhof hält am Mittwoch seine nächste Versammlung mit folgender Tagesordnung im Lokale von D. Nieme, Wallstraße, ab: 1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Reisebericht. 4. Kommunitates.

Tokales.

Einschulung.

Am Montag haben die Gemeindefschulen ihr Sommerhalbjahr eröffnet — diesmal einen Tag früher als die höheren Schulen, die den Unterricht erst heute, Dienstag, wiederaufnehmen. Über 10 000 schulpflichtig gewordene Kinder haben nun wieder ihren ersten Gang zur Schule getan. Ein wichtiger Gang — wichtig für die Sechsjährigen, die ihn in der Frühe des gestrigen Tages angetreten hatten, wichtiger noch für die Eltern, die die Kleinen auf ihrem ersten Schulweg sorglich begleiteten!

Von den Kindern gehen diesen Weg die einen in Bangigkeit und Furcht, andre in freudiger Erwartung, noch andre in dem Gefühl vollkommenster „Wunschichtigkeit“. Recht haben alle die Kinder der dritten Gruppe. Man begegnet ihnen besonders in Familien, die reich mit Nachwuchs „geegnet“ sind. Wo bereits ein paar Kinder zur Schule gehen, da wissen die jüngeren Geschwister Bescheid, noch ehe sie den Fuß zum erstenmal über die Schwelle des Schulhauses gesetzt haben. Ihnen braucht man nicht erst zu sagen, daß in der Schule niemand „geegnet“ wird — sie sind aber auch von vornherein darüber im Klaren, daß sie sich nach der andern Seite ebenso wenig irgend welchen Illusionen hingeben dürfen.

Bei den Eltern, die ihre Kinder auf dem ersten Schulweg geleiten und begleiten, überwiegt meist das Gefühl der Sorge. Wird der Junge gut eingeschult? Wird das Mädchen mitkommen? Und noch ein paar andre Fragen bewegen die tiefer Denkenden unter den Vätern und Müttern, wenn sie ihre Kinder zur Einschulung bringen. Wie wird der Uebergang aus der Familie in die Schule das seelische Befinden des Kindes beeinflussen? Wie wird es auf den Gesundheitszustand wirken? Das sind Fragen, die wohl geeignet sind, uns am ersten Schultage unserer Kinder erst zu stimmen und uns mit Sorge zu erfüllen.

In den Gemeindefschulen stellen sich dem Schulbetrieb mancherlei Schwierigkeiten besonderer Art entgegen. Darum ist hier auch der unterrichtliche und erzieherische Erfolg des Schulbesuches um so viel zweifelhafter, während andererseits die gesundheitliche Schädigung, die der Schulbesuch namentlich im ersten Schuljahr bringt, um so viel größer zu sein pflegt. Wir brauchen hier nur das eine Wort „Ueberfüllung“ zu nennen! Eine erste Probe davon hat mancher frühgeborene Wob-Schütz gleich am Montag in vollstem Maße zu kosten bekommen. Das Einschulungsgeschäft ist wieder einmal, wie an jedem Semesteranfang, nicht überaus glatt abgelaufen. Wo die Zahl der Schulkinder zu groß war, da mußten die Eltern mit den Kindern stundenlang im Gedränge auf dem Platz und selbst auf dem Hofe warten, was bei der trotz des lauchenden Sonnenscheins recht empfindlichen Kälte des Montagmorgens wirklich kein Vergnügen war.

In den nächsten Tagen muß nun erst die oft recht schwierige Aufgabe gelöst werden, die überzähligen Kinder an ander, weniger besetzte Schulen abzuschieben. Bis das erledigt ist, kann in den davon betroffenen Schulen weder von einer Beachtung der für die Frequenz festgesetzten Höchstzahl, noch von einem eigenständigen Unterricht die Rede sein. Mancher kleine Schulkind wird dabei arg hin und her geschoben und gestochen, bis es endlich gelangt, ein Plätzchen für ihn zu finden. Wohl ihm, wenn er einer von denen ist, die, wie oben gesagt, im Gefühl der vollkommensten „Wunschichtigkeit“ ihren ersten Schulweg antreten!

Das Kuratorium für die Verwaltung des Arbeitshauses und des städtischen Obdach hatte in seiner letzten Sitzung eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Aus Plenum der Kuratordirektion wurde Stadtv. Ping abgeordnet, zu Kuratoren für das Obdach wählte man an Stelle des verstorbenen Stadtv. Krich die Stadtv. Wittkowski und Krieger. In einer gemeinsamen Sitzung mit der Grundstücks-Deputation soll darauf hingewirkt werden, im städtischen Obdach den Spielplatz für die Kinder obdachloser Familien zu erhalten.

Wie erinnerlich, hat bereits Stadtv. Hoffmann auf die Notwendigkeit der Erhaltung dieses Platzes hingewiesen, als darauf hingedeutet wurde, daß die Gasanstalt den Platz für ihre Zwecke beanspruche. Auf dem Hofe des Obdach soll eine Bedürfnisanstalt errichtet werden, auf dem Bodenniveau ist ferner die Aufstellung eines Desinfektionsapparates in Aussicht genommen, der wesentlich zum Ausbreiten der Malaria der Abflüsse zu dienen hat. Leider wird die Fertigstellung dieser Neuerungen bis 1903 hinausgeschoben, da der Antrag unseres Genossen Hoffmann, in einer besonderen Vorlage die Erhaltung noch für diesen Sommer vorzugehen, abgelehnt wurde. Ferner kam die Dunganiansammlung auf dem verpachteten städtischen Gelände gegenüber dem Obdach zur Sprache. Am 1. Oktober soll der Skandalöse Zustand verschwinden; wenn's nur wahr wird.

Abgelehnt wurde trotz der Verantwortung durch unsere Parteigenossen ein Gesuch um Löschung, welches einige Arbeiter stellten. Unser Parteigenosse erklärte sich ferner mit Entschiedenheit gegen den Brand, daß die Angehörigen des Obdach die angeblich verfallenen Herberleibsel, die bei Auktionen keinen Käufer finden, zu ihrem Nutzen verkaufen. Man möge den Leuten eine Bezahlung geben, bei der sie nicht nötig hätten, auf derartige Einkünfte zu rechnen; der Lohn von drei Mark für eine von morgens 6 bis abends 6 Uhr dauernde Arbeitszeit sei allerdings nicht genügend. Auch hier wurde die Gehaltserhöhung gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt, jedoch beschlossen, den Angehörigen den Verkauf der Ueberbleibsel zu untersagen. Das Gesuch der Hilfsaufseher am Obdach, ihnen für geleistete Leistungen und eine Vergütung zu gewähren, wurde dem Oberbürgermeister zur Berücksichtigung empfohlen, gleichzeitig soll der Oberbürgermeister ersucht werden, das System der Hilfsaufseher zu beseitigen und deren Funktion von selbst angestellten Beamten ausüben zu lassen. Von besonderer Bedeutung für die Öffentlichkeit ist wohl der vom Kuratorium gefaßte Beschluß über den Ursprung der Sägen und Alarmanzeichen aus dem Obdach eine Untersuchung anzustellen; hierbei wurde konstatiert, daß es einen

Auffeher mit dem vom „Deutschen Blatt“ seinerzeit genannten Namen überhaupt nicht giebt.

Die Eröffnung der großen Arbeiter-Heilstätten der Landesversicherungs-Anstalt Berlin in Veesth sieht nunmehr bevor. Wie der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Freund, in der letzten Ausschußsitzung auf eine Anfrage mitteilte, soll Ende dieses Monats zunächst das Sanatorium für männliche Personen besetzt werden. Kurze Zeit danach, im Laufe des Monats Mai, wird die Belegung des Sanatoriums für weibliche Personen erfolgen. Im Laufe des Monats Juni wird alsdann die Belegung der Lungenheilstätte für männliche Personen stattfinden, an der sich die Eröffnung der Lungenheilstätte für weibliche Personen unmittelbar anschließen wird, so daß voranschläßlich die gesamten Heilstätten Ende Juni in Betrieb sein werden. Die Belegungsziffer beträgt vorerst ca. 600 Betten mit einem Personalbestand von circa 120 Köpfen; doch sind die General-Einrichtungen für die dreifache Zahl berechnet. Der Gesamtkostenbetrag der gegenwärtigen Anlage wird sich auf 8 Millionen Mark stellen. Von einer Einweihungsfeier wird, wie Dr. Freund auf eine weitere Anfrage mitteilte, abgesehen werden.

Die Influenza ist in dem nun zu Ende gegangenen Winter in Berlin so milde ausgefallen, wie seit Jahren nicht. Die Sterblichkeit an Influenza blieb fast den ganzen Winter hindurch unter 10 Fällen in der Woche. Nur einmal wurde eine höhere Sterblichkeit beobachtet: in der ersten Dezemberwoche, aus der 14 Sterbefälle gemeldet wurden. Andererseits kam in einer Woche nicht ein einziger Influenza-Sterbefall vor: in der ersten Märzwoche. Aus dem Winterhalbjahr von Anfang Oktober 1901 bis Ende März 1902 wurden zusammen nur 130 Influenza-Sterbefälle gemeldet, während noch im Winter zu 1901 allein im Februar und März zusammen 153 Sterbefälle und im Winter zu 1900 in denselben beiden Monaten zusammen 404 Sterbefälle vorgekommen waren.

Das Polizeipräsidium verwarf in einer Zuschrift an die Zeitungen gegen den Vorwurf, daß es in seiner Milchverordnung den Ausdruck „Sohlmilch“ nicht erwähnt habe und erklärt, daß diese Bezeichnung auf den Gehalt der Milchhändler durchaus zulässig sei. Die Reklamation der Milchverordnung, welche am 1. April in Kraft getreten ist, wird demnach gerichtlich geprüft werden. Der Verein der Milchhändler im Norden Berlins hat nämlich beschlossen, dem ersten seiner Mitglieder, das ein Strafmandat wegen Uebertretung der neuen Bestimmungen, besonders in Sachen der neu eingeführten Marktmilch, erhält, auf Vereinskosten bis zur höchsten Instanz Rechtsbehelf zu gewähren.

Postwertzeichen. Die Postbehörde giebt bekannt: Im Reichs-Postgebiet und in Württemberg werden jetzt nur noch Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ ausgegeben. Die bisherigen Reichs- und württembergischen Postwertzeichen sind mit Ende März außer Kurs gesetzt worden; doch haben die Postanstalten Anweisung erhalten, Sendungen mit alten Postwertzeichen bis auf weiteres nicht in der Beförderung aufzuhalten und auch nicht mit Rücksicht zu belegen. Inwieweit liegt es im Interesse des Publikums, möglichst die richtigen (neuen) Postwertzeichen zu verwenden. Die in den Händen des Publikums noch vorhandenen alten Postwertzeichen werden bis Ende Juni d. J. an den Postämtern und von den Landbriefträgern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht.

Der neuwiesische Mord. Amier: Wissen Sie schon, wer nach Kaufmanns Mordtätigkeit Bürgermeister werden soll? — Demel: Rein, wer denn? — Amier: Der kleine Cohn, denn der sitzt oben nirgendwo an!

Auf dem Hamburger Güterbahnhof kam am Sonntagabend der Rangierer Niesel ums Leben. Als er gefunden wurde, lag er mit eingedrückt Brustkorb zwischen einem Eisenbahnwagen und dem Mauerwerk einer Rampe. Offenbar ist er während der Arbeit von einem Eisenbahnwagen heruntergefallen. Genau ist nicht bekannt, da niemand Augenzeuge des Vorganges war.

Die Selbstmordchronik war am gestrigen Tage sehr reich. Gestern erschossen sich in diesem Hotel ein Fremder aus Frankfurt a. M., ein Privatgelehrter aus Heidelberg und in der Nacht zum Sonntag vergiftete sich ein hiesiger Arzt mit Morphium. Am Kottbuser Ufer sprang eine Arbeiterin in den Landwehrkanal, wurde aber gerettet. Ein Schlosser versuchte sich durch Quecksilber zu töten.

Der Ausschuss für Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentlicher Park trat am Sonntagmittag nach längerer Pause im Schöneberger Rathaus zusammen. Der Vorsitzende, Stadtverordneter-Vorsteher Gustav Müller-Schöneberg, betonte, daß die Angelegenheit jetzt wesentlich glücklicher liege, als unter dem verstorbenen Finanzminister Alquist, der bekanntlich durch den Verkauf des gesamten Terrains des alten Botanischen Gartens zu Bauland die Kosten für den Neubau der Charité decken wollte. Der jetzige Finanzminister nehme eine andre Stellung ein, doch könne er natürlich der Stadt Berlin keine Offerte machen. Wenn die Stadtgemeinde aber an ihn herantreten würde, so sehe es schon jetzt sehr, daß er sich dann annehmbare Bedingungen stellen würde. Ferner wurde mitgeteilt, daß von einem Neubau des Museums für Vögelkunde auf dem Terrain des alten Botanischen Gartens, wie dies vor einiger Zeit in Aussicht genommen war, jetzt keine Rede mehr sei. Schließlich wurde beschlossen, an die Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin eine Petition zu richten, mit dem dortigen Magistrat in Verhandlung zu treten, um den Botanischen Garten als öffentlichen Park zu erhalten.

Von einem Tier in die Luft geschleudert wurde auf dem Centralviehmarkt der Oberreiter Theodor Knopf. Der Treiber wurde plötzlich von dem Cullen angegriffen, auf die Hörner genommen und hoch in die Luft geschleudert. Mit schweren Verletzungen wurde Knopf in das Hedwigs-Krankenhaus gebracht.

Seine Wirtin mit dem Veil zu erschlagen versuchte gestern, Montagmorgen, der ehemalige Handwerker Julius Veyer in der Treckowstr. 52, ein geisteschwacher Mann von 57 Jahren. Veyer ist infolge eines Schlaganfalls an der rechten Körperseite etwas gelähmt, erhält Armenunterstützung und besand sich bei dem Anführer der tramway'schen Ehepaar in Schlafstille und Privatpflege, nachdem er eine Zeit lang in einem Strohhaus gewohnt war. Streitig ist, wie solche Leute oft sind, hatte er mit seiner Wirtin wiederholt Reibereien. Dazu kam, daß er gern hinter den Frauen im Hause herlief. Alles das führte dahin, daß die Wirtin ihn zum Monatsersten kündigte und am Sonntagabend ihre Schlafstille durch einen Ausbaugehelfen anderweitig anbot. Daraufhin machte Veyer der Frau Hertrampf schon am Sonntag einen heftigen Antritt, als er aber sah, daß ihr Mann nach Hause kam, ging er weg. Gestern morgen nun wartete er, bis Hertrampf ins Geschäft gegangen war. Dann drang er wieder zu der Frau in die Stube ein, ergriff ein dort liegendes Veil und verpackte der Frau einen scharfen Hieb über den Kopf. Die Verletzte floh in das Nebenzimmer und schrie zum Fenster hinaus um Hilfe. Nun lief Veyer davon, wurde aber bald eingeholt und festgenommen. Frau Hertrampf erhielt auf der nächsten Unfallstation einen Verband und konnte dann wieder nach der Wohnung gebracht werden. Ihre Verletzung ist nicht gefährlich. Veyer giebt an, daß er sich für die Kündigung habe rächen wollen. Ob er strafrechtlich verantwortlich ist, steht dahin. Er ist geistig stark geisteschwach und bildet sich dann ein, ein Hohenzollernprinz zu sein.

Herr Oswald Rier ist, wie jetzt bekannt wird, freiwillig aus dem Leben geschieden. Er konnte sich in die veränderten Verhältnisse nicht fügen und wollte die Umwandlung seines Geschäfts mit ihren Folgen für seine persönliche Stellung nicht überleben. Rier erlitt im

Panama-Kraus erhebliche Verluste, konnte sich aber trotzdem halten und gut leben. Seine Frau, die seit Jahren leidend ist und in Marfesse wohnt, pflegte er jedes Jahr zu besuchen. Rier wurde schon seit Jahren wegen eines Herzleidens ärztlich behandelt. Um so mehr griff ihn die Umwandlung seines Geschäfts in eine Gesellschaft an. Wie aus hinterlassenen Briefen an ehemalige Angestellte und die neue Gesellschaft hervorgeht, ging Rier nach der Geschäftsübergabe nach Hause, schloß sich ein, schrieb seinen letzten Willen auf und veranlagte sich dann mit Morphium.

Auf der Hochbahn spielten sich am Sonntag recht unerquickliche Vorgänge ab. Schon vom frühen Vormittag an war der Andrang zu den Schaltern der Bahn ein bedeutender. In die Waggonen wurden so viel Personen als möglich hineingeklopft, so daß man sich kaum zu rühren vermochte. In den Durchgängen fanden die Menschen wie Mauern, so daß viele Fahrgäste, welche auf den Zwischenstationen aussteigen wollten, nicht in der Lage waren, die Ausgänge des Waggons rechtzeitig zu erreichen und weiter mitfahren mußten, als sie beabsichtigten. Seitens des Betriebspersonals geschah nichts, um diesem Unflug entgegenzutreten, im Gegenteil, forderten die die Hüte begleitenden Beamten die schon ohnehin gepreßten Passagiere auf, sich noch immer mehr zusammenzudrängen. (1) — Vorgestern abend 7 Uhr entstand auf der Untergrundbahnstrecke der Hochbahn am Wittenberg-Platz eine längere Verkehrsstockung. Ein Zug, der vom Zoologischen Garten kam, mußte mitten im Tunnel zwischen Wittenberg-Platz und Kottbuser-Platz eine volle Viertelstunde halten. Doch sich bei dem langen Aufenthalt in der unterirdischen Enge, bei der schmalen Luft überfüllter Räume und bei dem vollständigen Mangel an Belüftung über den Grund der Stodung einiger Leute, namentlich einiger Frauen mit Kindern, eine beklemmende Unruhe bemächtigte, bedarf keiner weiteren Worte.

Ein unabschbares Unglück wurde gestern nachmittag durch die Geistesgegenwart und Unerblichkeit des Branddirektors Giersberg und des Geleitens Purzj von der 7. Compagnie des Garde-Riffler-Regiments verhütet. Als gestern der Branddirektor den Wühlendamm passierte, kam ein zweispänniges Lokomotiv ohne Aufsicht im schärfsten Galopp von der Königstraße angefahren. Giersberg griff nach dem Fessel des Handpferdes, wobei das schwebende Pferd zur Seite sprang, so daß der Branddirektor vor dem Kopf des Handpferdes zu stehen kam. In demselben Augenblick sprang der Geleiter Purzj hinzu und erfaßte mit großer Gefahr die Fessel, wodurch die Pferde, die bei dem großen Verkehr sicher großes Unheil angerichtet hätten, zum Stehen gebracht wurden.

Vermißt wird seit dem 1. April abends 9 Uhr der 18jährige Arbeiter Bruno Liebe, zuletzt wohnhaft bei seiner Mutter, Frankfurter Allee 148. Er war bekleidet mit einem schwarzen Jacketanzug, grauen Stiefeln, Normalkleid, schwarzem, weitem Hüft- und Schenkelriemen. Er war völlig mittelgroß. Als besondere Kennzeichen dient eine Fleischnarbe an der Nase, sowie der Anstrich, daß der rechte Fuß bis an die Hüfte einer früheren Verbrennung wegen völlig entsetzt ist. Es wird vermutet, daß der Vermißte in einem Anfall von Schwermut Hand an sich gelegt hat. Der etwas über den Verbleib des Vermißten angeben kann, wird gebeten, sich an seinen Bruder, Herrn Carl Liebe, Frankfurter Allee 4, wenden zu wollen.

Durch einen Sturz von der Treppe verunglückte in der Nacht zum Montag der Lehrling Albert Jänke in der Mälerei von Brucke in der Deinemewitzstr. 33, als er in den Backeller hinuntergehen wollte. Er fiel auf den Kopf, zog sich eine Schürschütterung zu und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Auf der Rennbahn Friedenau war am Sonntag das Herbstjahrs-Debit. Das Wetter schien nicht allzu günstig; ein heftiger Ostwind hinderte die Fahrer, jedoch war das Publikum recht zahlreich zur Stelle. Die eigentliche Ueberwinnung des Rennens bestand darin, daß Robi mit seinen Motoren wieder beidenseitig Beachtung hatte. Die Maschinen waren als wahre Wandertiere bezeichnet worden; als es aber losgehen sollte, wollten sie nicht von der Stelle, so daß das Rennen abgeändert und von neuem angefangen werden mußte. Aber auch jetzt streikten die Motore und Robi blieb zuecht. Bei Schluß des Rennens war Robi als vierter 25 1/2 Runden hinter dem Sieger, der die Distanz in 50 Minuten 35 1/2 Sekunden bewältigt hatte. Am besten konnte noch Nyser widerstehen, der 4 1/2 Runden zurück als zweiter endete; dritter wurde Schumann, Heinz, der als Fünfter mittelt, gab das Rennen bald auf, da auch sein Motor nicht mitwollte. Im übrigen verließen die Reinen wie folgt: Frühjahrspreis. Best 500, 200, 100 M. Distanz 1000 Meter. Endlauf: Schilling (1 Min. 47,1 Sek.). 1. Duder 2. Grofa 3. Entschädigungsfahren. Distanz 2000 Meter. Otto Meyer 1. G. Suckoff 2. Käler 3. Ermunterungsfahren für Berufsfahrer. Distanz 2000 Meter. Arno Conrad-Pannover (3 Min. 52 Sek.). 1. A. Suckoff 2. J. Schmitt 3. Ludwig Meyer 4. Prämiensfahren für Berufsfahrer. Distanz 5000 Meter. G. Suckoff (7 Min. 26,1 Sek.). 1. J. Dittloff 2. J. Lagarde-Pyan 3. Landem-Hauptfahren für Berufsfahrer. Distanz 3000 Meter. Schilling-Käler (5 Min. 7,1 Sek.). 1. Otto Meyer-Wettinger 2. Geering-Althoff 3.

Feuerbericht. Ein größerer Wohnungsbrand beschäftigte die Wehe Sonntagabend 9 1/2 Uhr in der Vesselfstraße 33. Hier standen im dritten Stockwerk des Seitenflügels Betten, Möbel, Decken, Hüthoden und Ballenlage in Flammen, die erst nach längerer Zeit mit einer Dampfhydrantenleitung abgelöscht werden konnten. Kurz vorher brannte in der Müllerstraße 14 Papier etc. im Aschenlofen. Nachmittags wurden Tempelhofer Ufer 37 Möbel und Tapeten durch Feuer beschädigt. Sonntag früh 4 Uhr wurde die Wehe nach dem Arbanhafen gerufen, wo in einem Müllhof die Schifferwohnung brannte. In der Hauptsache wurden Betten und eine Bretterwand eingestürzt, doch sind Personen nicht verletzt. Zur selben Zeit hatte in der Admiralstr. 6 in einer Gipsgießerei der Fußboden und die Balkenlage unter einem Trockenofen Feuer gefangen. Montag früh erfolgten in der Auguststr. 26 und in der Kirchstr. 25 kleinere Wohnungsbrände. Außerdem ließen noch Feuermeldungen von der Bergmannstr. 96, der Schönhauser Allee 45, Steintierstr. 34 und Neulindendörferstr. 67b ein. In allen Fällen konnte indes die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden.

Ein neuer Kursus im Schreiben auf der Schreibmaschine (System Bar-Lock und Remington) wird in der 7. städtischen Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Gröblich, 85-88, an der Rottbuser Brücke, heute eingerichtet. Der Unterricht findet Freitag- oder Mittwochabend von 7 1/2-9 1/2 Uhr statt. Jedem Teilnehmer werden auf Wunsch noch besondere Uebungsbücher eingerichtet. Das Unterrichtsgehalt beträgt halbjährlich nur 2 M. Anmeldungen nimmt Herr Vektor Holz noch täglich von 12-1 Uhr und von 7-8 Uhr abends im Kurszimmer entgegen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 9. April, mittags 12 Uhr wird ein Chor aus Schillerinnen der Frau Marie Kornath (Soll: Fr. Ella Meyer, Fr. Margarete Henning, Fr. Dicie Döschinger, Fr. Johanna Gröblich), der Mollinist Herr Hans Valentius, Herr David Müller aus Bergen, Herr Hans Schirmer und Herr Nancy de Willes aus Schwabsta den Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dietel in der Marienkirche unterhalten. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weiskensee. Kurz vor Eintritt in das neue Stadtjahr ist den Vertretern der hiesigen Einwohnerschaft der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1902 zugestellt worden. Obenstehende Jungen ziehen aus dieser verpöbten Zustellung allerlei Schläffe. Verächter für Erlangung der Stadträte für die Gemeinde meinen, daß der Grund für die Verzögerung dieser Angelegenheit in der den Anprüchigen einer solch großen Gemeinde nicht mehr genügenden Ver-

Wahlung des Gemeindefonds zu suchen sei; wieder andre behaupten, daß der Ausfall der letzten Gemeindevorwahlen in maßgebenden Kreisen darauf die Nerven eingewirkt haben, daß verschiedene Leute „impotent“ geworden seien. Die meisten sind kein Urteil hierüber zu. — Zunächst bringt der neue Etat eine Steuerherabsetzung und zwar für die Einkommensteuer von 5 Proz.; halt 175 Proz. Zuschlag werden in diesem Jahre nur 170 Proz. erhoben und — Gleichheit muß herrschen, wenigstens dann, wenn Steuern festgesetzt werden. Damit diejenigen nicht zu kurz kommen, die sonst beispielsweise anlässlich der Wahlen zur Gemeindevertretung doppelt und dreifach größere Rechte ausüben konnten, als der nur Einkommensteuer zahlende „Schlund“ der Bevölkerung — damit also wenigstens hier gleiches Recht für alle zur Geltung gelange, sind auch die Gewerbesteuer und Grundbesitzsteuer herabgesetzt worden. Der Etat für 1902 balanciert in Einnahme und Ausgabe, außerordentliche Einnahmen und Ausgaben eingerechnet, mit 1.880.000 M. Die allgemeine Verwaltung erfordert einen Zuschuß von der Gemeinde von 95.787 M., die Armenverwaltung einen solchen von 47.503 M., für die Schulverwaltung sind aus Mitteln der Gemeinde 239.689 M. aufzubringen; der ganze Etat der Schulverwaltung erfordert 275.089 M. Im Kapitel Armenverwaltung ist auch eine Summe zur baulichen Unterhaltung des Armenhauses ausgeworfen, und es wird in den Bemerkungen gesagt: „Das Armenhaus bedarf einer gründlichen Renovierung.“ Bekanntlich wurde ein Liebeshäter, der früher mehrmals dasselbe, wenn auch in etwas drastischer Form behauptet hatte, vor den Rabi gezogen und empfindlich bestraft, weil angeblich die behauptete Liebeshäter nicht existieren sollten. — Das Gehalt des Gemeindevorstehers beträgt 6000 M., für die Nachwächter sind pro Mann wiederum nur 620 M. als Jahresgehalt in den Etat eingestellt worden. — Die Kosten für das zu errichtende Gewerbegericht sind mit 850 M. ebenfalls im Voranschlag verzeichnet, sonst schwelgt in dieser Angelegenheit Rube über den Wasser. — Das Vermögen der Gemeinde beträgt 5.170.265 M., die Schulden 2.749.155 M.

Ueber einen Aufruf in Spandau versendet eine Korrespondenz folgende, dem Publikum nach erheblich gefärbte Mitteilungen: „Tage Ausstellungen haben in der Nacht zum Sonntag in Spandau stattgefunden. Auf dem Badenplatz hatten sich Hunderte von Menschen gegen 10 Uhr versammelt und drohten die Wachen zu stürmen. Die wachhabenden Polizeibeamten waren nicht im Stande, die Rube wieder herzustellen und ordneten die Schließung der Schaubuden und Schanzellen an. Nun zogen etwa 500 Menschen unter ungeheurer Rufe nach dem Marktplatz vor das Rathaus und die Polizeiwache. Die wenigen Polizeibeamten und Nachwächter suchten vergebens die Menge auseinander zu treiben. Es ertönte der Ruf: „Hut die Wachen!“, „Wir wollen Arbeit!“ und andere aufreizende Worte. Ein Haufe versuchte in die Polizeiwache einzudringen und warf Steine gegen die Thür. Die Polizei sah sich gezwungen, vom 5. Garderegiment Hilfe zu erbitten. Von den Soldaten wurde die Menge dann auseinandergetrieben. Mehrere Personen wurden festgenommen, aber nach Feststellung des Namens wieder entlassen. Aus ein gewisser Räuber wurde in Haft gehalten.“

Die Potsdamer. Die „Potsdamer. Korr.“ meldet: Sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung hat der Geh. Rechnungsrat Julius Steinbach, welcher bekanntlich in der Affaire wegen der an-

geblich 2 Duellanten, ein des Ritters zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde, jetzt niedergelegt, nachdem er bereits in der vorigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung mit Entschuldigung gefehlt hatte. Wegen der Person seines Nachfolgers haben bereits Vorbesprechungen der Stadtverordneten stattgefunden, wobei es sich herausstellte, daß es einige Schwierigkeiten macht, für dieses Amt, mit dem unter Umständen Repräsentationspflichten bei Hofe verbunden sind, einen geeigneten Vertreter zu finden.

Eine seltsame Auffassung ist es, die Verteilung in einem Verleumdungsprozess, wie er sich in Potsdam abgepielt hat, als eine Wundlung der Ehre und des öffentlichen Ansehens des Verurteilten aufzufassen. Noch seltsamer ist die Rücksicht auf die Repräsentationspflichten, die dem Stadtverordneten-Vorsitzer erwachsen sollen.

Ein Betrüger, welcher sich Stationsassistent F. Steidel in Kirchdorf, Richter in Steglitz, Emil Bolter, Gustav Günther, F. Schild aus Landsberg a./W., Eisenbahn-Betriebsmeister Gustav Conrad, Bahnmeister F. Sommer in Wittenberge, Postassistent E. Rowadi, Lehrer Schröter in Brandenburg und anders nennt, schädigt seit mehreren Monaten Eigarren- und andre Geschäfte, deren Inhaber in Beamten-Zeitsungen amoniciert. Bei diesen bestellt er, gleichzeitig im angeblichen Auftrage von Kollegen, größere Posten Eigarren, Uhren und Uhrenten zc. und bittet, die Ware an einem bestimmten Tage abzugeben. Der Schwindler mietet dann ein möbliertes Zimmer und beauftragt die Dienstmagd, die mit der Post ankommenden Pakete für ihn in Empfang zu nehmen. Gewöhnlich wartet er aber das Eintreffen des Postpakets selbst ab und verläßt dann nach Empfangnahme des Pakets die Wohnung. Beschreibung: 25—30 Jahre alt, 1,70—1,75 Meter groß, hellblondes links geschütteltes Haar, kleiner hellblonder Schnurrbart, längliches blaßes Gesicht, vollhäufige Nase, Thüringer Dialekt. Kleidung: graubrauner Pelzermantel, feiner schwarzer Hut, dunkler Anzug.

Berein der Mineralwasserarbeiter. Dienstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ball, Drognerstr. 15: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zum Ausschluß an den Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter? Referent: A. Werner.

Zentralverein der Bureau-Angestellten. Dienstag, den 8. April, abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 57, bei Bauer: Generalversammlung. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Renovation des Gesamt-Vorstandes.

Vermischtes.

Die deutsche Aeff „Gefina“ ist heute vormittag unmittelbar vor Nordsee gesunken. Ueber den Verbleib der Mannschaft ist nichts bekannt; sie hat sich vermutlich auf einen Fischdampfer gerettet.

Wie aus Glasgow vom 6. April weiter gemeldet wird, sind im ganzen 177 Personen, die bei dem Durchbrechen der Barriere während des Fußballspiels Verletzungen erlitten, in Krankenhäusern aufgenommen worden. Außer den 3 sofort Getöteten sind noch 17 ihren Verletzungen erlegen.

Eingegangene Druckschriften. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist Jorden das 27. Heft des 20. Jahrgangs erschienen, mit dem ein neuer Halbjahresband

beginnt. Die Zeitschrift hat mit diesem Heft ein Gewand erhalten, das modernen typographischen Ansprüchen gerecht wird. Was den Inhalt des Heftes betrifft, so hervor: Das große Kesselwickeln. — Die Landesverfassung in Preußen. Von H. Poser (Dr. v. Stöcklin). — Die Arbeiterfrage in Spanien. Von Antonio Garcia Quejido. — Socialpolitische Missionen. Von Emanuel Baum. — Splinter. — Literarische Rundschau: W. Swencko, Die Wohnungsbedingungen der Arbeiter in Halle a. S. — Briefkasten: Briefe von Karl Marx an Dr. v. Angelmann.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eutin, Dietz Verlag) ist nach Jorden die Nr. 8 des 12. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Frauen-Stimmrecht. II. Die Entwicklung des Frauen-Stimmrechts in Großbritannien und Irland. D. Die englischen Kolonialländer. Von Ad. Br. — Der Stand der Bewegung unter den Arbeiterinnen und Arbeiter in Hamburg. Von Karl Hey. — Aus der Bewegung. — Briefkasten: Frau Kai Goetz. Von Klausen Blüth. (Fortsetzung.) — Notizen: Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Soziale Bewegung. — Vereinsrecht der Frauen. — Gewerkschaftsbewegung. — Frauen-Stimmrecht. — Frauenbewegung. — Dienstbotenfrage.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 80 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 1/2 bis 1/2 Uhr abends statt.

G. Z. 100. ad 1. Reichsanwalt 100.000 M., Staatsrechtler 50.000 M., preussischer Minister 30.000 M., — ad 2. Rein.

Wahl. Die Kandidaten können den Posten lassen, event. die Fürsorge-Verpflichtung wegen Verabsichtigung der Wahlberechtigung. Die Fürsorge-Verpflichtung tritt nur auf, wenn ein Wahlberechtigter des Wahlgerichts ergebn. — St. Georgen 402. Die Ude ist vor dem zuständigen Standesbeamten zu tätigen. Zuständig ist der Standesbeamte in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnort haben und wenn einer der Verlobten seinen Wohnort innerhalb der letzten 6 Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnortes. — N. Nizborf. Rein. — G. S. 10. Re. — 777. 1. Es können einem Rechtsanwalt Vollmacht erteilen 2. Rein. 3. Ja. — Sturm und Drang. 1. Ein Witwer oder eine Witwe müssen vor Wiederverheiratung sich mit ihren minderjährigen Kindern auseinandersetzen. Zu diesem Zweck wenden Sie sich mit einem Antrag auf Auseinandersetzung an das Amtsgericht. Ein Verzicht für solchen Antrag finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ hinzugefügten Führer S. 224, Nr. 19. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Welches Gericht in Betracht kommt, richtet sich danach, wo und wann der Todesfall eintrat und ob ein Testament vorliegt. 2. Rein. — W. N. 15. Rein. — S. S. 53. Eines 3. Rein. — R. R. 123. 1. u. 2. Rein. 3. Eines 600 Mark. 4. Ja. — G. S. 8. Wenden Sie sich an die Waisenhaus-Direktion. — R. S. Fordern Sie den Witt auf, innerhalb einer von Ihnen zu bestimmenden Frist die Mängel der Wohnung zu beseitigen, drohen Sie ihm für den Fall fruchtlosen Ablaufs der Frist an die Mängel auf seine Kosten zu beseitigen, und führen Sie dann Ihre Drohung aus oder legen beim Amtsgericht auf Beseitigung der Mängel. — 43 M. Als Nichtdeutscher haben Sie kein Recht auf Naturalisation. Das Gesuch ist bei der Polizei zu protokollieren zu erklären oder an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Naturalisationsurkunde kostet 50 Mark.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. April 1902. Trocken und vielfach heiter, nachts leichter Frost, am Mittag ziemlich warm bei mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Hexenfang.
Eupspiel in 1 Aktung von Hans Dopfen.
Dienstag:
Der Mensch in der Bestie.
Schwank in 3 Akten von Arthur Schnitzler.
Mittwochabend 8 Uhr:
Hexenfang.
Dienstag:
Der Mensch in der Bestie.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Carl Weiss-Theater.
Große Krausenstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Hannemann vom Viehhoj
und: **Der kleine Cohn.**
Große Berliner Lustspielgesellschaft mit
Wet. in 3 Bildern von Ernst Ritterfeld.
Wusst von Albert Wilder.
Morgen und folgende Tage:
Hannemann u. der kleine Cohn.

Central-Theater.
Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr,
zum 112. Mal:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von Landberg
und Stein. Musik von Reinhardt.
Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.

W. Noacks Theater.
Vormittags 10.
Der Gold-Düffel.
Pöste mit Gesang und Tanz in 5 Akten
von Emil Böhl, Musik von Conradi.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch:
Eine Tochter des Südens.

Louis Kellers Festsäle
Appenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
38799* Nach jeder Soiree:
Familien-Kränzchen.
— Bond haben Gültigkeit. —
Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Sanktionen-Allee.**

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Hexenfang.
Eupspiel in 1 Aktung von Hans Dopfen.
Dienstag:
Der Mensch in der Bestie.
Schwank in 3 Akten von Arthur Schnitzler.
Mittwochabend 8 Uhr:
Hexenfang.
Dienstag:
Der Mensch in der Bestie.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Carl Weiss-Theater.
Große Krausenstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Hannemann vom Viehhoj
und: **Der kleine Cohn.**
Große Berliner Lustspielgesellschaft mit
Wet. in 3 Bildern von Ernst Ritterfeld.
Wusst von Albert Wilder.
Morgen und folgende Tage:
Hannemann u. der kleine Cohn.

Central-Theater.
Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr,
zum 112. Mal:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von Landberg
und Stein. Musik von Reinhardt.
Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.

W. Noacks Theater.
Vormittags 10.
Der Gold-Düffel.
Pöste mit Gesang und Tanz in 5 Akten
von Emil Böhl, Musik von Conradi.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch:
Eine Tochter des Südens.

Louis Kellers Festsäle
Appenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
38799* Nach jeder Soiree:
Familien-Kränzchen.
— Bond haben Gültigkeit. —
Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Sanktionen-Allee.**

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
**Frühlingstage
an der Riviera.**
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: „Die physikalischen
Grundlagen der Musik“.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit Kinde
(einzig in ihrer Art auf dem
Erdenrund!)
Der Boerenkrieg
(Botha, De Wet, Delarey, Krüger.)
Lebende Photographien.
Neu! humor-musikal. Quintett
Kirchmeyer.

Metropol-Theater
Emil Thomas a. G.
Henry Bender Josef Josephi
Zum 9. Mal:
**Die wahre Liebe ist
das nicht.**
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz
in 4 Bildern von Horst u. Stein,
bearbeitet von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen und die folgenden Tage:
Die wahre Liebe ist das nicht.

Louis Kellers Festsäle
Appenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
38799* Nach jeder Soiree:
Familien-Kränzchen.
— Bond haben Gültigkeit. —
Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Sanktionen-Allee.**

Sie werfen Geld fort!
wenn Sie immer Ihre Eigarren zu teuer einkaufen. Kaufen Sie nur
meine besten **„Havanillos“**, 500 Stk. nur 7 M., 1000 Stk. nur
13 M., franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen!
Garantie: Umtausch oder Zurücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung
von Barrern, Lehrern, Höflichen, Landwirten zc. Bestellen Sie bitte sofort
postfrei ins Haus 500 Stk. für 7 M., 1000 Stk. für nur 13 M. bei
Rud. Tresp, Eigarrenfabrik, Neustadt (Westpreußen) H. 88. [e]

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Gr. Knab. Böhm. Ges. u. Tanz in 3 Akte.
Gudo Thielacher, Fritz Deimending,
Hans Junfermann, Herbert Paul-
müller, Paula Born a. G., Gerda
Walde, Leonore Wolf, Elise Wamowitz.
„Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn
geseh'n?“
Belle-Alliance-Theater.
Heute zum 104. Mal:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akte.
Emil Sondermann, Ferd. Worms,
Mizzi Birker, Rosa Marton.
Dienstag: „Cec.“ Pariser Lebens-
bild in 1 Akt.
Adele Hartwig a. G. Leopold Thurner a. G.
Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Die
selbe Vorstellung.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Emille Carola,
preisgekürzte Wiener Schönheit.
Hugo Mödlinger,
der originelle Humorist mit
seinem Schläger: **Mit der
Hand, mit dem Daumen und
vier Fingern an der Zahl.**
16 neue erstkl. Nummern!

Apollo-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Um 9 Uhr: Um 9 Uhr:
Lysistrata
Ausstattungs-Operette von
Paul Lincke
mit dem Luftballett
„Grigolatis“.
Fernst:
Elsa Malta
und 8 erstkl. Specialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Casino-Theater
Lohrengasse 37.
Gastspiel Antonio Agoston in
„Veelin auf Stelzen“ zc.
Ursprünglich! Sensationell!
Sonntags abends 4 Uhr: „Mutter-
fege“.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
Dienstag, 8. April, abends 7 1/2 Uhr:
Klondike.
Orig. Fantastische des Cirkus Busch.
Die Prinz Selma hat nach Amerika.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
**Internationale Konzerte
von 5 Künstler-Kapellen.**
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige
**Theater- und
Specialitäten-Vorstellung**
Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tgl. Matinee von 12—2 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Donnerstag,
Sonntag und Montag:
**Hofmanns
Norddeutsche Sänger**
Neu! Neu!
Der Kesselflicker.
Charakterbild mit Gesang.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags: Vereinsabende
gültig
und Tanz frei.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das Riesen-April-Programm!
Täglich Gastspiele
von Schläger I. Ranges.
8 1/2 Uhr
**Der große Sacher! —
Eine Nacht im Ballhaus.**
Schwank in 4 Akten von Anicel.
Hofling, Ritter: Dr. Rich. Winkler,
Les Darras, einzig dastehend.
Anst. zum 1. Male in Berlin.
Ada Marcell: „Im Soubouir“.
Amor, Gesang u. Tanz-Terzett
Emmeline Hochberg,
Soubretten-Diva.
Anfang präcise 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr

Dr. med. Schaper
hombp. Arzt u. Spez.-Arzt f.
**Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten,**
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Centralverband der Töpfer
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 4. April, verstarb
nach langem Leiden unser Mitglied
Hermann Eichler.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 8. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Jaldob-
Kirchhofes, Kirchstr., Hermannstr.,
aus statt. 1902
Regt Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Verwandten,
Freunden und den Kollegen herzlich
Dank für die Teilnahme bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes, des
Herrn **Robert Schulz.**
1777) Auguste Schulz mit Kindern.

Zu kaufen gesucht
1 „Neue Zeit“ 1898/99
auf erhalt.
Buchhandlung Vorwärts.

Robert Hecht,
Berlin S.,
Craenrich 142.
Nächst schnell und
billig alle Arten
Stempel
in besser
Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfek“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Filzhüte für Herren
neue Form, 1.50 und 2.00.
hochfeine Qualität 2.50—3.50.
Arbeitshüte 1.00 [18188*]
im Hut-Engros-Lager
Neue Königstr. 48. 1 Tr. (nahe
Alexanderplatz) (H. Franzmannstr. 20).

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für 17/18*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntag 10—12, 2—4

42 Millionen M.
Barggewinn, darunter 20 Millionen in
600 000, 300 000, 210 000, 200 000
100 000, 150 000 zc.
kommen in einem Jahre bei
59 Ziehungen durch die Ver-
gessenschaft „Germania“ zur Ver-
lotung. Keine Klassenlotterie, keine
Sekten, ob Italienische, Belgisch er-
laubt! Kein Schwindel! Wohl gr.
Richtige Ziehungen: 1. Mal.
Monatsbeitrag nur 5 M. pro
Mitgliedsanteil. — Anmeldungen
an No. 95 befördert F. Necklenburg,
Berlin O. 17.

**Zahn-Klinik, beliebige Teil-
zahlung.
Invaliden-
Olga Jacobson, Strasse 143**

Achtung! Achtung!
4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Urania“,
 Brangelstraße 10:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: „Die politische Lage“. 2. Diskussion.
 Zahlreichen Besuch erwarten
 Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 (Osten.)
 Dienstag, 8. April, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und der Kassieren. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kassieren. 3. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Wohin führen wir?“ 4. Verschiedenes.
 214/9*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreichem Besuch ersucht.
 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 im „Berliner Prater“, Kastanien-Allee Nr. 7-8.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Bruns über: „Das Berliner Schulwesen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlhülle von Behrens, Hedrichstr. 55 nach Chorinerstr. 62 bei W. Ruzyck verlegt ist.

Achtung! Achtung!
Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt.)
 Dienstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, in Puhlmanns
 Vaudeville-Theater, Schönhäuser Allee 148:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Einigungskommission über die Stellung am Freitag, den 4. d. M. Referent Genosse Borgmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 178/6
 Zahlreiches Erscheinen erforderlich.
 Der Vorstand. J. H. C. Marx.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
 Rosenthaler und Schönhäuser Vorstadt:
 bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.

Tages-Ordnung: Bericht der Werkstätten-Kontrollkommission, Verbände- und Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 3.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstätten-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Die Zahlhülle von Lange, Weberstr. 40a, ist zu Haseloph, Landsbergerstr. 8, verlegt.

Süden: bei Retzolk, Wasserhorststraße 68.
 Die Kollegen aus folgenden Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen: 1. Friede, Grünauerstr. 20; 2. Schachtmeier, Sebaltsinstr. 7; 3. Stritzke, Köpckeplatz 56; 4. Zug, Köpckeplatz 55; 5. Neuhand, Luffen-Weberstr. 10; 6. Gaffke, Brandenburgerstr. 19.

Süd-Westen und Westen: in Habels Bränerel, Bergmannstr. 5-7.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kollegen von Schindler sind besonders eingeladen.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstraße 23.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbände- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Die Kommittentmitglieder werden ersucht, eine Stunde früher zu kommen. Der Obmann wohnt jetzt Kolonnenstr. 46.

Friedrichsberg-Lichtenberg: bei Lutterbüse, Friedrichsbergstr. 11.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbände-angelegenheiten und Verschiedenes.

Musikinstrumenten-Arbeiter
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. — Wir ersuchen die Kollegen dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Drechsler.
 Norden: bei Schmidt, Brunnenstr. 150. Osten: bei Matthes, Köpenickerstr. 41. Südosten und Westen: im „Märkischen Hof“, Ebnitzstr. 18c.
 81/17
 Donnerstag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Hofenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Verbändeangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kommission.

Achtung! Achtung!
Arbeitervertreter-Verein.
 Donnerstag, 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15, Saal 5:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Arbeitervertreter über ihre Tätigkeit bei den Schiedsgerichten und unter der Verwaltungsbefehligen der Landes-Versicherungsbank Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 53/4
 Der Vorstand. J. H. F. Pleschel

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Am Mittwoch, den 9. April 1902, abends 8 1/2 Uhr:

2 öffentl. Metallarbeiter-Versammlungen.

Für den Norden: im Lokal „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße 23.
 Für den Osten: im Lokal „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:
„Der Streik bei Altmann und die neueste Heldenthat der Rühnemänner“.
 Zahlreichen Besuch erwartet (113/11) Der Einberufer: Cohen.

Achtung! MAURER. Achtung!
 Mittwoch, 9. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 20:
Große öffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Welche Stellung gedenken die Maurer Berlins und der Vororte gegenüber den jetzt vorhandenen Mißständen auf den Bauten einzunehmen?
 Kollegen, da in dieser Versammlung event. Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden, ist es eines jeden Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 J. H.: Julius Gehl.

Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
 Mittwoch, den 9. April 1902, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Lokale des Hrn. Thiele (fr. Lanke), Bergstr. 151/152.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, des Bibliothekars und Partei-Spediteurs.
 2. Vortrag des Genossen Walder Manasse über „Kirchen und Kasernen im Dienste der Reaktion“.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Vereinsangelegenheiten.
 5. Verschiedenes und Fragenkasten.
 232/5
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und werden die Genossen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Adhte Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.
 Artikel I.
 § 27 des Statuts, Nachtrag III wird dahin abgeändert:
 Die wöchentlichen Kostenbeiträge betragen für Mitglieder I Klasse 51 Pfennige II „ 42 „ III „ 33 „
 Artikel II.
 Diese Abänderung tritt nach Beschluß der Generalversammlung am 1. April 1902 in Kraft.
 Berlin, den 13. November 1901.
 Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.
 H. Apel, G. Krebs, Schriftführer, I. Vorsitzender.
 Genußtag!
 Berlin, den 7. Februar 1902.
 Der Bezirksausschuß zu Berlin
 Abteilung II
 (L. S.) Kaiser. 1771b

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Sprechstunde: Amt VII, 353.
 Mittwoch, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
 in den Armiiushallen, Bremerstraße 72/73.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verbändeangelegenheiten.
 113/12
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Fachverein d. Tischler
 Mittwoch, 9. April, abends 8 1/2 Uhr, in Böls Festsaal,
 Köpckeplatz 137:
Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Situation betreffs des Arbeitsnachweises. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 186/9
 Buch und Karte legitimiert.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Lehrplan für das II. Quartal 1902.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-Abend
Geschichte	Die Literaturgeschichte von Luther bis zur Gegenwart	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
National-ökonomie	Börsen und Banken	Schriftst. Georg Bernhard	Donners-tag
Rede-Übung	Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Geschichte** Dienstag, 15. April; **Nationalökonomie** Donnerstag, 17. April; **Rede-Übung** Freitag, 18. April. — Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im **Schullokale Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Demminstraße 32; Krause, Müllerstraße 7a.**
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Berlin SW. 42, Moekestr. 101, 4 Tr.**, Geldsendungen an den Kassierer **H. König, Berlin S. 59, Hasenheide 50**, zu senden.
 4/15
 Der Vorstand.

Carl Heintze
 Berlin W., Unter den Linden 3.
Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.
 Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Kranzgebirde, Bouquets, Girlanden usw. werden rein u. preiswert geliefert

Möbel
 auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelfabrik **A. Krause, Schönhaferstr. 2.**

Charlottenburg, F. Kunstmann, Ballstr. 1. Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Solle Garantie!
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
 Audienz bis abends neun. (38062)*

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
 6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
 Wollanstraße 9, Krausstraße 19, Falkenstraße 28, Lankestr. 2.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. J. H. Hütt.
 Sonntags 8 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Semmel, prakt. Zahnarzt, wohnt **Oranienstr. 51** neben H. Wertheim 9-6, Sonntag 9-12. Mittag u. Abendessen von 12-1 Uhr werden bei besonderer Vergünstigung gewährt.

Königsberger Geld-Lotterie.
 Ziehung: 17. u. 18. April.
 6241 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
200000
 Hauptgewinne: Mark
 50000
 20000
 10000
 5000
 etc. etc. etc.
 Originallos 3 Mark. Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bankgeschäft. (3857L)*
 Berlin W., Friedrichstr. 141.
 Filialen:
 NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 O., Andreas-Strasse 46a.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchhand-dagen, Leibbinden, Geradehältern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
 Velmont-Ordn.-u. Güte-Kontrollstellen
 Berlin C. (37622)*
30. Finien-Strasse 30.

Eigene Confection.
Elegante Costüm-eröcke
enorm billig
 in Tuch, Felleine, Sammet und Cheviot.
 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., Seidendamast 25 M., Atacca 4.50 M., 6 M., bis 30 M., weiss Cheviot und Pique 3, 5, 7-15 M.
Jaketkleider elegante Facons
 in Felleine, Reversibel, Cheviot, Goureaot und Goucepan
 15 M., 20 M., 25 M.
Bolerokleider Saccokleider Blusenkleider
 teure Neuheit
 12 M., 15 M., 18 M.
Seidenblusen
 6.50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
 Blusenbinden
 1.75 M., 2.50 M.
Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.
 Schwarze, glatte u. bestickte
Capas und Kragen
 10 M., 12 M., 15 M.
Jakets, Sackpaletots, moderne Facons
 in vorzüglichem Stoff und nobel-ster Verarbeitung
 10 M., 12 M., 15 M., 20 M.
Sielmann & Rosenberg
 BERLIN.
 Kommandanten-Strasse, Ecke Linden-Strasse.
Maassanfertigung. Backfisch. Saccos u. Jakets 10 M.

200000
 50000
 20000
 10000
 5000
 etc. etc. etc.
 Originallos 3 Mark. Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bankgeschäft. (3857L)*
 Berlin W., Friedrichstr. 141.
 Filialen:
 NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 O., Andreas-Strasse 46a.

200000
 50000
 20000
 10000
 5000
 etc. etc. etc.
 Originallos 3 Mark. Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bankgeschäft. (3857L)*
 Berlin W., Friedrichstr. 141.
 Filialen:
 NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 O., Andreas-Strasse 46a.

